Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 Zł., monatl. 5,36 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 10 bz. 70 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 137. Bromberg, Dienstag den 18. Juni 1929. 53. Jahrg.

Die Liquidationen vor dem Rat.

Die Freitag-Sitzung.

Über die von uns bereits in unserer letzten Ausgabe kurz beschriebene erste Sitzung des Völkerbundrats, die sich mit der Liquidationsbeschwerde der deutschen Minderheit in Polen befaßte, erhält die Telegraphen-Union aus Madrid folgenden Bericht:

In öffentlicher Sitzung behandelte der Völkerbundrat am Freitag, dem 14. d. M., die Beschwerde **über die Liquidationen des deutschen Grundbesitzes in Polen.** Diese Beschwerde hatte Dr. Stresemann als dringliche Angelegenheit erklärt und als deutschen Antrag auf die Tagesordnung des Rates gesetzt.

Dr. Stresemann

gab eine längere Erklärung ab, in der er betonte, die Bemühungen der Deutschen Regierung, mit der Polnischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen, seien bisher an der Haltung Polens gescheitert. **Die Dinge lägen so, daß Polen einer großen Zahl von Eigentümern das Recht auf die polnische Staatsangehörigkeit aberkenne, obwohl es dazu nach deutscher Auffassung nicht befugt sei. Dies zeige, daß in der ganzen Angelegenheit nicht die deutsch-polnischen Rechtsbeziehungen, sondern die Frage im Vordergrund stehe, ob jene Eigentümer für sich in Anspruch nehmen könnten, als Angehörige der deutschen Minderheit angesehen zu werden.** Es handele sich somit um eine Minderheitenfrage, für die der Völkerbundrat unbedingt zuständig sei.

Die große Bedeutung dieser ungeklärten Staatsangehörigkeitsfrage zeige sich daraus, **daß nach Auffassung der Polnischen Regierung heute noch von Polen etwa 50 000 Hektar ländlichen Grundbesitzes und etwa 6000 Hektar städtischen Grundbesitzes enteignet werden könnten, während nach deutscher Auffassung nur etwa 10 v. H. der Liquidation unterlägen.** Die Deutsche Regierung habe die bisherigen Vorschläge Polens nicht als gegeignete Grundlage anerkannt, da sie den Staatsangehörigkeitsverhältnissen in keiner Weise Rechnung trügen.

Dr. Stresemann betonte, daß bei den von der Polnischen Regierung beschlossenen Maßnahmen auch Liquidationen bei Angehörigen der Minderheiten vorgekommen sei und auch weiterhin vorkommen können. Es sei bisher kein Fall bekant geworden, in dem die Polnische Regierung sich bereit gefunden hätte, nachträglich nach Feststellung der Zugehörigkeit der Minderheit die bereits durchgeführte Enteignung rückgängig zu machen.

Es sei nicht zulässig, bei der Unsicherheit der Rechtslage ohne weiteres zu so entscheidenden Maßnahmen zu schreiten, wie sie in der Enteignung von Hab und Gut lägen. Im Namen der Deutschen Regierung könne er die Erklärung abgeben, daß sie jedem Vorschlag, der eine gerechte Lösung auf dem Wege der Verständigung vorsehe, ihre Zustimmung geben würde. **Jedoch dürften in strittigen Fällen bis zur Entscheidung weder durch Aufnahme neuer noch durch Fortführung bereits begonnener Enteignungen feste Tatsachen geschaffen werden.** Er nehme an, daß die Polnische Regierung sich zu einer Zusage, von der Durchführung der Enteignung bis zur endgültigen Klärung abzusehen, ohne weiteres bereit finden werde.

Er wolle nicht davon sprechen, was es überhaupt heute bedeute, daß zehn Jahre nach dem Friedensschluß noch das System der Enteignung von Eigentum zur Anwendung gebracht werde. Er bedaure, daß die Angelegenheit erst jetzt unmittelbar während der Ratstagung von ihm zur Tagesordnung hätte angemeldet werden müssen. Ohne jeden Zweifel handele es sich jedoch um eine Angelegenheit von wichtigstem Charakter.

Zaleski

nahm darauf sofort das Wort zu einer kurzen Erklärung. Er erhebe auf das energischste Einspruch gegen die Tendenz, Minderheitenfragen unmittelbar vor den Völkerbundrat zu bringen, statt sie auf dem üblichen Wege der Dreier-Ausschüsse für Minderheitenfragen zunächst behandeln zu lassen. Er spreche der Deutschen Regierung amtlich das Recht zu einem derartigen Verfahren ab. Er hätte das gleiche mit den Oppelner Vorfällen tun können. Die Enteignung sei auf Grund eines Gesetzes erfolgt, das ausschließlich die Liquidation deutschen Grundbesitzes zum Gegenstand hatte. Dieses Gesetz sehe zwei Arten von Enteignungen vor, unbedingte Enteignungen und solche Enteignungen, über die noch Verhandlungen geführt werden müßten. Die Beschwerde behandele gerade solche Fälle, über die noch verhandelt werde. Es sei ihm unverständlich, aus welchem Grunde sich das Ratsmitglied veranlaßt gesehen habe, diese Angelegenheit unmittelbar vor den Völkerbundrat zu bringen, solange nicht die Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen abgeschlossen worden seien. Er erhebe noch einmal auf das heftigste Einspruch gegen die Methode, Minderheitenfragen direkt vor den Völkerbundrat zu bringen.

Die weitere Aussprache im Völkerbundrat über den deutschen Antrag wegen der Enteignung des deutschen Grundbesitzes in Polen wurde sodann auf die Sonnabendsitzung **verschoben. Der Berichterstatter Adatschi wurde** beauftragt, mit der deutschen und polnischen Abordnung in Fühlung zu treten und eine Einigung über das jetzt weiter einzuschlagende Verfahren herbeizuführen. Dr. Stresemann beantragte, daß die in dem deutsch-polnischen Abkommen von 1924 und 1926 vorgesehene Schlichtungskommission unter einem neutralen Obmann zur Klärung der Frage eingesetzt würde, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Völkerbundrat, wie er es bereits mehrfach getan habe, eine Weiterleitung der von der Polnischen Regierung eingeleiteten Enteignungen des deutschen Grundbesitzes in Polen zur Entscheidung an die Schlichtungskommission veranlassen wollte. **Sollte die Kommission zu keinem Ergebnis gelangen, so behalte sich die Deutsche Regierung ausdrücklich das Recht vor, von sich aus den Internationalen Haager Gerichtshof anzurufen.**

*

Die Sonnabend-Sitzung.

Der offiziöse deutsche Bericht.

Die Schlußsitzung der 55. Ratstagung.

Madrid, 16. Juni. (W. T. B.) Am Sonnabend gegen ½12 Uhr trat der Rat zu seiner Schlußsitzung zusammen, in der Adatschi den auf Grund der heutigen bis zur letzten Stunde fortgesetzten Bemühungen um eine Einigung in der Frage der Liquidation deutschen Eigentums in Polen entstandenen Bericht verlas. In dem Bericht wird festgestellt, daß die beiden Regierungen sich dahin genignigt haben, **in kürzester Frist die Verhandlungen zur Regelung der Angelegenheit unter dem Vorsitz von Adatschi aufzunehmen.** Dieser ist berechtigt, den Effektivvorsitz bei den Verhandlungen einer ihm geeignet erscheinenden Persönlichkeit zu übertragen. Es wird die bestimmte Hoffnung ausgesprochen, daß die Verhandlungen mit der größten Beschleunigung geführt werden. Die beiden Regierungen sollen den Ratspräsidenten rechtzeitig über den Ausgang der Verhandlungen und die ergriffenen Maßnahmen unterrichten, damit er in der nächsten Ratstagung im September darüber berichten kann.

Der Bericht vermerkt aus einer Note der polnischen Regierung vom 5. Juni 1929 die Erklärung, **daß die polnische Regierung in den Fällen, in denen nachgewiesen worden sei, daß die betroffenen Personen Anspruch auf die polnische Staatsangehörigkeit hatten, die Aufhebung der Liquidation der Güter angeordnet habe** und daß, wenn sich bei der schwebenden Nachprüfung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse einiger der Liquidation unterworfener Personen ergeben sollte, daß sie Anspruch auf die polnische Staatsangehörigkeit besitzen, die polnische Regierung ihnen gegenüber analoge Maßnahmen treffen würde. Die Aufhebung der Liquidation würde nach Mitteilung des polnischen Vertreters an den Berichterstatter **grundsätzlich die Rückgabe der liquidierten Güter an ihre früheren Eigentümer** bedeuten. In den Fällen, in denen die Rückgabe auf praktische Schwierigkeiten stößt, soll sie durch die **Zahlung einer angemessenen Entschädigung** ersetzt werden.

Reichsminister

Dr. Stresemann

dankte dem Ratspräsidenten für seine Bemühungen als Berichterstatter um das Zustandekommen dieser Verständigung, die zu der Hoffnung berechtige, daß in dieser Frage eine Lösung gefunden werde. Hierauf ging Dr. Stresemann auf die gestrigen Erklärungen des polnischen Außenministers Zaleski ein, der bekanntlich den **Oppelner Zwischenfall** in die Debatte über die polnische Liquidationspolitik hineingezogen hatte. Er stellte fest, daß dieser Zwischenfall mit der auf der Tagesordnung stehenden Frage nichts zu tun habe und bedauerte, daß der polnische Vertreter diese Angelegenheit nicht nur vor den Rat, sondern auch in Form von Interviews vor das Forum eines gastgebenden Landes gebracht habe. Die Angelegenheit sei dem Völkerbund unterbreitet und werde im September vom Rat verhandelt werden. Es gebe den von allen Staaten anerkannten Grundsatz, in ein schwebendes Verfahren nicht einzugreifen. Leider habe der polnische Vertreter gestern in ein schwebendes Verfahren eingegriffen, indem er seine eigene Auffassung vortrug. Das nötige ihn zu einer Entgegnung.

Dr. Stresemann verwies auf die energischen Maßnahmen, die die zuständige preußische Regierung sofort gegen die Schuldigen ergriffen habe, und stellte zusammenfassend fest, daß ein Staat, der selbstverständlich nicht für das Verhalten jedes einzelnen seiner Angehörigen verantwortlich sei, nicht mehr tun könne. Gegen die Loyalität der deutschen Regierung könne nicht der geringste Vorwurf erhoben werden. Wenn von einer Trübung und Störung der Beziehungen zwischen den beiden benachbarten Völkern gesprochen werde, so sei dies nicht auf den bedauerlichen Zwischenfall selbst, sondern auf eine systematische, fortdauernde Ausnutzung zu Propagandazwecken bis in die Madrider Ratstagung hinein zurückzuführen. Solche Vorgänge, wie in Oppeln, seien nicht zu verhindern. Sie würden aber sehr viel weniger Wirkung ausüben, wenn man es unterließe, sie zum Gegenstand politischer Agitation zu machen.

Der polnische Außenminister

Zaleski

stimmte dem Bericht ebenfalls zu und gab dabei in einer kurzen gemäßigten Erklärung die Versicherung ab, daß er bereit sei, im Geiste der Versöhnlichkeit mit dem deutschen Ratsmitglied alle zwischen den beiden Ländern bestehenden Streitfragen zu erörtern, um durch eine gegenseitige Verständigung die Beziehungen zu regeln und die Schwierigkeiten zu beheben.

In einer kurzen Ansprache dankte hierauf der Ratspräsident der spanischen Regierung für die gewährte Gastfreundschaft und erklärte die 55. Ratstagung für geschlossen.

*

Der offizöse polnische Bericht.

Über die in Madrid zustandegekommene deutsch-polnische Verständigung in der Frage der Liquidationen deutschen Grundbesitzes bringt die offiziöse Polnische Telegraphen-Agentur folgende Darstellung:

Nach der Vermittelungsaktion des Ratsvorsitzenden, die bis 1 Uhr nachmittags dauerte, begann die Schlußsitzung des Rats, in der Adatschi die Mitteilung machte, daß der deutsche und der polnische Delegierte darin übereingekommen sind, sobald als möglich direkte Verhandlungen unter seinem Vorsitz aufzunehmen. Diese Verhandlungen werden sich auf Fragen beziehen, die in der Beschwerde Graebe-Naumann berührt wurden. **Stresemanns Forderung auf vorläufige Einstellung der Liquidationen hat unter den Ratsmitgliedern keine Unterstützung gefunden,** auch der Vorschlag, die Angelegenheit dem Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag zu überweisen, fand keine Anhänger, um so weniger, als die Arbeiten an der Revision des Statuts des Internationalen Schiedsgerichtshofs im Gange sind und schon Anfang September eine Konferenz zur endgültigen Lösung dieses erstklassigen Problems zusammentreten wird. Dort wird es sich entscheiden, ob eine Einmütigkeit oder auch die Mehrzahl der Ratsstimmen erforderlich ist, das Haager Gericht anzurufen.

Nach dem den Regierungskreisen nahestehenden „Glos Prawdy" hat der polnische Gesichtspunkt in der Frage der Liquidationen einen vollkommenen Sieg davongetragen. **Die Liquidierung deutscher Güter wird nicht eingestellt.**

Was wurde erreicht?

Nach verschiedenen Meldungen der reichsdeutschen Presse aus Madrid, wurde die Verständigung in der Liquidationsfrage auf folgender Grundlage erzielt:

Unter dem Vorsitz des Präsidenten des Völkerbundrats Adatschi oder eines von ihm bestimmten Stellvertreters sollen zwischen Deutschland und Polen direkte Verhandlungen über die Liquidation von deutschem Eigentum in Polen und die damit zusammenhängende Staatszugehörigkeit aufgenommen werden. Ebenso wird die Tätigkeit der Schlichtungskommission wieder aufgenommen, jedoch unter dem Vorsitz eines Neutralen. Jeder rechtswidrig liquidierte Grundbesitz soll nach der Entscheidung der Schlichtungskommission zurückgegeben werden und falls die Rückgabe unausführbar ist, zahlt die polnische Regierung dem ursprünglichen Besitzer eine bare Entschädigung, deren Höhe eventuell die Schlichtungskommission festsetzt. Jeder deutsche Grundbesitz, der von heute an unrechtmäßig liquidiert wird, muß unbedingt in natura **zurückgegeben werden.**

Der Berichterstatter, der dem Rat den Inhalt des Kompromisses mitteilte, berief sich auf eine Note der polnischen Regierung, in der diese bestätigt, daß in den **Fällen der vollzogenen Liquidierung, in denen später festgestellt wurde, daß der Interessent das Recht auf die polnische Staatszugehörigkeit besitzt, die polnische Regierung die Liquidation für ungültig erklärt. Die Note kündigt ferner an, daß in Fällen der Ungültigkeitserklärung der Liquidation grundsätzlich die Rückgabe des Eigentums an den ursprünglichen Besitzer vorgesehen ist. In einem besonderen Protokoll wurden** die Einzelheiten **dieses Verfahrens in folgendem Sinne festgesetzt:**

Punkt 1. Die deutsche und die polnische Regierung verpflichten sich, unverzüglich direkte Verhandlungen über die Frage der Liquidation des deutschen Eigentums in Polen aufzunehmen und zwar unter Führung des gegenwärtigen Präsidenten des Völkerbundrates, Botschafter Adatschi oder einer anderen von ihm bezeichneten neutralen Persönlichkeit.

Punkt 2. Der Vertretere hat nicht die Befugnisse eines Schiedsrichters. Die deutsche Regierung behält sich, wenn das auch nicht ausdrücklich erklärt wird, völlige Freiheit vor, jederzeit von sich aus den Internationalen Haager Gerichtshof anzurufen.

Punkt 3. Die polnische Regierung verpflichtet sich, in den Fällen, in denen die Staatsangehörigkeit eines Enteigneten einwandfrei als polnische Staatsangehörigkeit festgestellt wird, den Enteigneten wieder in sein bisheriges Eigentum zurückzuversetzen.

Für Fälle, in denen es unmöglich ist, das bisher liquidierte Eigentum zurückzugeben, sollen Bestimmungen **über die Art der Entschädigung ausgearbeitet werden.**

Punkt 4. Die Bestimmungen in der Frage der Staatsangehörigkeit werden fortan nicht mehr einseitig, d. h. nur durch die polnische Seite interpretiert.

Dieses Kompromiß ist das Ergebnis von zwei Tage währenden Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Delegation unter Teilnahme des japanischen Präsidenten des Völkerbundrats Adatschi, des gleichfalls japanischen Direktors des Völkerbundsekretariats Sigimura, des deutschen Direktors des Völkerbundsekretariats Dufour-Féronce, sowie des Gesandten Knoll von polnischer Seite und des Direktors im Auswärtigen Amt Gauß von deutscher Seite.

*

Was nicht erreicht wurde . . .

Wir werden zu diesen keineswegs unwesentlichen Grundlinien einer deutsch-polnischen Verständigung in der Liquidationsfrage noch im einzelnen erläuternd und kritisch Stellung nehmen, wenn uns der genaue Bericht über das Madrider Kompromiß vorliegt. Was und wieviel erreicht wurde, dürfte vor allem von der Ausführung der Beschlüsse durch die polnische Regierung abhängen.

Was nicht erreicht wurde, spricht die offiziöse polnische Meldung klar und richtig aus: Eine Einstellung der Liquidationen ist nicht erfolgt, ja allem Anschein nach nicht einmal ein grundsätzlicher Aufschub der Liquidationsmaßnahmen gegenüber solchen deutschen Eigentümern, deren Staatsangehörigkeit strittig ist. In diesem letzten Punkt sind unsere Erwartungen bitter enttäuscht worden; aber wir haben noch immer die Hoffnung, daß die polnische Regierung praktisch — auch ohne eine besondere internationale Verpflichtung — diesen Aufschub anordnen wird, der die jetzt in jedem ungeklärten Fall drohende Wiedereinsetzung in den früheren Stand maßlos erschweren und zum mindesten sehr kostspielig gestalten würde.

Die Berliner Presse über das Kompromiß.

Berlin, 17. Juni. (PAT.) Die ganze gestrige Presse kommentiert in umfangreichen Telegrammen aus Madrid den Verlauf der Sonnabend-Diskussion über die Liquidierung von deutschem Grundbesitz in Polen. Schon in den Überschriften wird unterstrichen, daß das erreichte Kompromiß vom deutschen Standpunkte aus als bedingt günstig anzusehen sei. Der sozialdemokratische **„Vorwärts"** gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es bis September gelingen werde, die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen zum Abschluß zu bringen und daß damit die Frage der Liquidationen von der Tagesordnung verschwinden müsse. Der Hugenberger „Der Tag" wundert sich darüber, **daß in der Madrider Verständigung von der vorläufigen Einstellung der Liquidationen oder auch von bestimmten Verpflichtungen der polnischen Regierung gar nicht die Rede ist.**

In der **„Börsenzeitung"** dagegen heißt es: „Die Annahme des Berichts durch den Völkerbundrat stellt ausdrücklich fest, daß die Berichterstatter schon in der September-Session des Völkerbundrats einen Rapport über den Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen werden vorlegen müssen, was eine gewisse zwangsweise Beschleunigung dieser Verhandlungen herbeiführen wird." Die erreichte Verständigung hält das Blatt für hervorragend und befriedigend.

*

Briand ist zufrieden.

Mardrid, 17. Juni. (PAT.) Kurz vor seiner Abreise nach Paris gewährte Briand Vertretern der hiesigen Presse eine Unterredung, in deren Verlauf er erklärte, er sei befriedigt über das Ergebnis der gegenwärtigen Session des Völkerbundrates, der es vermocht habe, die Schwierigkeiten zu mildern, die sich einigen Fragen entgegengestellt hatten. Der Völkerbundrat habe eine grundsätzliche Verständigung zustande gebracht, die ein Zeugnis für den guten Willen aller Länder ablege. Briand gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine dauernde Eintracht der Völker erreicht worden sei. Auf die **deutsch-französischen Beziehungen** eingehend, betonte der Minister, **daß die Spannung, die im Ergebnis des Krieges entstanden war, allmählich schwächer werde.** Man könne heute schon sagen, daß jeglicher Groll zu bestehen aufgehört habe. Was England anbelangt, so hat Briand die Hoffnung, daß das Imperium die internationale von Macdonald eingeleitete Politik fortsetzen werde.

*

Die schwierigen Einigungsversuche.

Berlin, 17. Juni. (PAT.) Wie die Berliner Presse meldet, hat die Sonnabend-Sitzung des Rats eine sehr erhebliche Verspätung erfahren, da sich die Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Delegation über die deutschen Anträge in der Frage der Liquidation deutschen Eigentums in Polen sehr in die Länge zogen. Nach dem „Lokalanzeiger" saßen die Minister Stresemann und Zaleski von 11 Uhr vormittags ab in zwei besonderen Zimmern des Madrider Senatsgebäudes, und der Vorsitzende des Rats, der japanische Botschafter Adatschi, pendelte alle zehn Minuten von einem Minister zum anderen, um eine Verständigung zwischen ihnen zustande zu bringen. Bis 1 Uhr mittags waren die Verhandlungen noch nicht beendet. Das Blatt behauptet, daß jede halbe Stunde aus Kreisen der polnischen Delegation das Gerücht in Umlauf gesetzt worden sei, daß Minister Stresemann zurückgetreten war, worauf unverzüglich ein deutsches Dementi kam. Der „Lokalanzeiger" nahm daraufhin an, daß die Ratssitzung auf den Nachmittag vertagt werden würde und daß sich dort eine ähnliche Szene wie in Lugano abspielen werde. Hätte der polnische Außenminister die von Deutschland vorgeschlagene Kompromißformel nicht angenommen, so wäre, wie der „Lokalanzeiger" ankündigte, Minister Stresemann gezwungen gewesen, auf die Freitagsangriffe des Ministers Zaleski mit aller Wucht zu antworten. Dann könnte es noch in den letzten Minuten der Session zu einem deutsch-polnischen Rededuell im Völkerbundrat kommen.

In einem Telegramm, das von 1,15 Uhr datiert ist, hob das Wolff-Bureau hervor, daß bis zu diesem Augenblick eine Verständigung noch nicht erreicht wurde, daß die Verschiebung des Beginns der Sitzung eine immer größere Ungeduld auslöse und zu den verschiedensten Kommentaren Anlaß gebe. Die Nachmittags-Ausgabe der „Vossischen Zeitung" charakterisiert den deutsch-polnischen Meinungsunterschied in der Weise, daß er sich zwar nicht ausschließlich, aber grundsätzlich dahin ausdrücke, **daß die deutsche Regierung unbedingt die Hinausschiebung der Liquidationen bis zu dem Augenblick fordert, da das Urteil in der Schlichtungsinstanz gefällt worden** ist, die entweder der Völkerbundrat oder der Internationale Schiedsgerichtshof oder eine neutrale Kommission sein sollte. In einem von 2 Uhr datierten Telegramm meldete die „Vossische Zeitung", daß die öffentliche Sitzung begonnen habe.

Oberschlesische Beschwerden.

Madrid, 15. Juni. (WTB.) Im weiteren Verlaufe der Freitag-Nachmittagssitzung des Völkerbundrates wurden die auf der Tagesordnung stehenden Einzelbeschwerden der deutschen bzw. polnischen Minderheit in Oberschlesien behandelt.

Zwei der polnischen Beschwerden betrafen die Lage der polnischen Minderheitsschulen in Oberschlesien, wozu die Reichsregierung in ihrer am Freitag vom Rat genehmigten schriftlichen Äußerung auf den starken Rückgang der Schülerzahl hinwies, die seit 1925 in allen beanstandeten Fällen unter zehn gesunken ist, während in der Genfer Konvention ein Jahresbesuch von mindestens 20 Schülern als Minimum vorgesehen ist.

Der Grund für diese Erscheinung liege, wie die Reichsregierung in ihrer Erklärung hinzufügte, darin, daß die polnische Minderheit in Oberschlesien weder geistig noch materiell das Bedürfnis hat, ihren Kindern eine polnische Erziehung zuteil werden zu lassen. Wenn also die Minderheit nicht in dem Maße, in dem es der Bund der Polen gerne sehen würde, von ihrem Recht Gebrauch mache, ihre Kinder in eine Minderheitsschule zu schicken, so sei dies auf die freie Entschließung der Eltern und keineswegs auf irgendeinen Druck von seiten der deutschen Verwaltung zurückzuführen.

Konferenz Briand-Stresemann in Paris?

Paris, 17. Juni. Dem „Petit Parisien" zufolge sollte Briand am Sonnabend dem Reichsaußenminister Stresemann einen Gegenbesuch abstatten, wobei die beiden Staatsmänner den Termin der Begegnung in Paris festsetzen sollten. Das Blatt betont, daß die Fortsetzung der Mittwochgespräche keinen Zweck gehabt habe, da Briand erst nach zuvoriger eVrständigung mit Poincaré und mit den übrigen Kollegen sowie nach der Entgegennahme von Informationen über die Bedingungen, unter denen der französische Ministerpräsident bereit wäre, die Frage der Schulden und den Tributbericht dem Parlament vorzulegen, mit Minister Stresemann die eventuellen Konsequenzen des Young-Planes werde besprechen können.

*

Stresemann bei König Alfons.

Madrid, 17. Juni. (PAT) König Alfons hat gestern den Reichsaußenminister Stresemann und dessen Gattin in Audienz empfangen.

Tributzahlungen und Polen.

Warschau, 17. Juni. Die der Regierung und dem Regierungslager nahestehende polnische Presse veröffentlicht folgende, wahrscheinlich inspirierte Meldung:

Während der Verhandlungen über die Festsetzung der Höhe der von Deutschland zu zahlenden Tribute hatte die deutsche Seite die Forderung aufgestellt, Polen die Verpflichtung aufzuerlegen, daß es einige Milliarden Złoty aus dem Titel der Forderungen zahle, die das DeutscheReich Polen gegenüber erhebt. Deutschland fordert von Polen Entschädigungen für die Eisenbahn, sowie für anderweite staatliche Gebäude und Einrichtungen, die die polnische Regierung im ehemals preußischen Teilgebiet übernommen hat. Polen hat seinerseits an das Deutsche Reich sehr hohe Forderungen aus dem Titel der Entschädigungen als Anteil an den Kriegsentschädigungen Deutschlands, die auf das ehemals russischen Teilgebiet entfallen, ferner aus dem Titel der Schäden und Requisitionen, die von den Deutschen auf polnischen Gebieten während der Okkupation angerichtet bzw. vorgenommen wurden. In der Frage dieser Forderungen wird auf Grund des Abkommens von Spaa in der Entschädigungskommission in Paris verhandelt. In diesen Pariser Verhandlungen versuchte Deutschland den Sachzustand dahin abzuändern, daß auf Polen eine einseitige erhebliche finanzielle Last abgewälzt wird, ohne die gleichzeitige Festsetzung der Höhe der Entschädigungen, die es an Polen zu zahlen hat.

Diese Absicht wurde nicht verwirklicht. Wahrscheinlich wird die Reparationskommission sich der Frage annehmen müssen, wobei es wahrscheinlich zur Verrechnung der gegenseitigen Forderungen Deutschlands und Polens kommen wird.

van Hamels letzte Amtshandlung.

Danzig, 16. Juni. (PAT.) Der scheidende Völkerbundkommissar in Danzig, Professor van Hamel, hat dem Generalsekretär der Republik Polen in Danzig und dem Senat der Freien Stadt eine Note über den Gebrauch der polnischen Sprache durch die Danziger Eisenbahner zugehen lassen. In dieser Note schlägt van Hamel ein Kompromiß vor, das einen Teil dieser Frage umfaßt und hauptsächlich die Forderungen Polens berücksichtigt.

Der bisherige Völkerbundkommissar van Hamel hat am 12. d. M. die Amtsgeschäfte seinem Nachfolger Marquis Gravina übergeben. Van Hamel soll in das holländische Ministerium für Industrie und Handel eintreten; vorher wird er Sowjetrußland und Turkestan bereisen.

Rußland dementiert.

Moskau, 17. Juni. (PAT.) Die „Iswiestja", das offiziöse Organ der Sowjetregierung, schreiben, daß die Meldungen von dem angeblichen Einfall sowjetrussischer Truppen in die Mongolei bzw. Mandschurei aus denselben Quellen stammten, in denen böswillige Verleumdungen der Charbiner Behörden betr. die Konferenz der III. Internationale, sowie die angeblicheEntdeckung von kompromittierdenden Dokumenten, während der im Sowjetkonsulat vorgenommenen Haussuchung ihren Ursprung gefunden hätten. Das sowjetrussische Blatt betont, daß alle diese Informationen kein wahres Wort enthielten, daß die Autoren aber das eine Ziel im Auge hätten, die größtmöglichsten Schwierigkeiten in den gegenseitigen Beziehungen Chinas zur Sowjet-Union zu schaffen und die Politik der Sowjetregierung im fernen Osten zu kompromittieren. Wir sind aber, so schließen die „Iswiestja" der Meinung, daß die vergeblichen Bemühungen, sowie die Verbreitung ähnlicher Lügen nur die eine Folge zeitigen werden, das Gesicht derjenigen zu enthüllen, die sich mit diesen Dingen beschäftigen.

Französische Schlappe in Marokko.

Über einen Überfall auf französische Truppen in Ait-Jakoub (Marokko) veröffentlicht der französische Kriegsminister eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß die Telephonverbindungen zwischen Ait-Jakoub und El Bordy von den Eingeborenen zerstört worden waren. Infolgedessen habe der Kommandant des Postens von Ait-Jakoub eine Truppenabteilung vorgeschickt, die die Telephonleitung ausbessern sollte. Diese habe aus zwei Abteilungen marokkanischer Schützen, einer Maschinengewehrabteilung und einer Abteilung Fremdenlegionäre bestanden, zusammen etwa 400 Mann. Dabei ist es freilich verwunderlich, daß man zur Ausbesserung einer Telephonleitung nicht weniger als 400 Mann benötigte.

Die Abteilung erlitt während der Ausbesserungsarbeiten an der Telephonleitung Verluste und wurde von den Aufständischen zurückgedrängt. Die französischen regulären Truppen konnten ihrerseits zwar den Vormarsch fortsetzen, gingen aber in eine Falle. Die meisten von ihnen wurden getötet oder verwundet. Der Rest ergriff die Flucht. Die Toten und Verwundeten mußten zurückgelassen werden.

Der Kriegsminister behauptet, daß nur der Posten von Ait-Jakoub eingeschlossen worden sei. Dagegen sei der von El Bordy niemals angegriffen worden. In Ait-Jakoub sind ungefähr 300 Mann mit zwei Geschützen eingeschlossen. Es soll alles aufgeboten werden, um sie zu befreien. Die Lage des Postens scheint allerdings furchtbar zu sein. Man gewinnt aus den einzelnen Zeitungsmeldungen den Eindruck, daß die Eingekreisten weder Lebensmittel noch Arzneien besitzen. Abgeschickte Militärflugzeuge konnten nur geringe Mengen Proviant abwerfen.

Wie sich die Lage in Ait-Jakoub tatsächlich gestaltet, geht mit Sicherheit aus den offiziellen Erklärungen nicht hervor. Sie widersprechen einander vollkommen, besonders was die Zahl der angreifenden Marokkaner anbetrifft.

Aus anderen Ländern.

Peinliche Wechselaffäre des bulgarischen Thronfolgers.

Die Berliner Kriminalpolizei ist zur Zeit mit einer Betrugsaffäre beschäftigt, in der laufende Wechsel des bulgarischen Thronfolgers, Prinz Cyrill, eine Rolle spielen. Von dem Wiener Generalbevollmächtigten des Prinzen, Dr. Steiner und seinem Wiener Anwalt, Dr. Barth, sind u. a. von einem in Berlin wohnenden Konsul Dr. Klauß Anteile an einem kroatischen Kohlenbergwerk gegen Akzepte in Höhe von 700 000 Mark gekauft worden, die am Verfalltage nicht eingelöst worden sind. Ferner sollen von einem Berliner Bankhaus nach den Mitteilungen des geschädigten Konsuls Klauß Wechsel in Höhe von 3 Millionen Mark diskontiert worden sein, welche Transaktion nur durch Einreichung einer gefälschten Vermögensaufstellung durch den Wiener Bevollmächtigten des Thronfolgers erreicht worden sei. In Zürich soll man ähnliche Transaktionen versucht haben, wobei darauf hingewiesen wurde, daß Prinz Cyrill demnächst eine reiche amerikanische Erbin heiraten werde. Prinz Cyrill selbst ist erst vor einigen Wochen aus Amerika zurückgekehrt und befindet sich z. Zt. in Paris. Nach den Angaben des Konsuls Klauß bei seiner polizeilichen Vernehmung in Berlin hat Prinz Cyrill um die Geschäfte gewußt und ihn mehrmals im Berliner Hotel Kaiserhof empfangen.

Kraftwagenunfall des österreichischen Gesandten in Washington.

Washington, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Familie des österreichischen Gesandten in Washinton erlitt in Virginia einen schweren Kraftwagenunfall. Während der Gesandte selbst und sein Sohn unverletzt blieben, trug die Frau des Gesandten Rippenbrüche und Brustquetschungen davon. Das siebenjährige Töchterchen erlitt einen Knöchelbruch.

Der Segelflieger Ferdinand Schulz tödlich verunglückt.

Berlin, 17. Juni. Der als der „fliegende Volksschullehrer" bekannte Pilot Ferdinand Schulz, der Inhaber sämtlicher Weltrekorde im Segelflug, ist gestern bei einem Schaufliegen in Stuhm zusammen mit dem Flieger Kaiser tödlich verunglückt.

Die Flieger wollten gelegentlich einer Feier eine Ehrenrunde über der Stadt ausführen. Dabei lösten sich aus noch unaufgeklärter Ursache beide Tragflächen, die beiden Flieger stürzten auf den gepflasterten Marktplatz und waren sofort tot. Ferdinand Schulz hat ein Alter von 37 Jahren erreicht.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 137.

Bromberg, Dienstag den 18. Juni 1929.

Pommerellen.

17. Juni.

Graudenz (Grudziądz).

× **Am letzten Aufenthaltstage des Bischofs** erfolgte zunächst durch den Weihbischof um 9 Uhr früh die Visitation der Mittelschule in der Trinkestraße und sodann der ebendaselbst befindlichen Hauswirtschaftsschule der Handwerkskammer. Weiter wurden die Schulen in der Festungs- und Börgenstraße, sowie die Maschinenbauschule visitiert. Um 11.55 Uhr traf der Weihbischof in der PePeGe ein, wo er fast alle Fabrikabteilungen in Augenschein nahm, und begab sich um 5½ Uhr zum Schützenhause. Gegen 6.30 Uhr reiste sodann Weihbischof Domicnik per Auto nach Schöneich (Szynych) ab. — Das Befinden des Bischofs Dr. Okoniewski hat sich übrigens bereits derart gebessert, daß er laut am Freitag aus Pelplin eingetroffener telephonischer Nachricht schon von Sonnabend ab seine Visitationsreisen nach Ortschaften des Graudenzer und Culmer Kreises wieder fortsetzen wollte. *

× **Zu einem Brande** in der Festungsstraße wurde Freitag abend kurz nach 6 Uhr die Freiwillige Feuerwehr alarmiert. Der Feuerherd befand sich in einer Küche des Hauses Nr. 7, wo von dem Kamin aus der Fußboden sich entzündet hatte. Die Wehr beseitigte in kurzer Zeit durch Forträumung der schwelenden Holzteile sowie unter Anwendung einer Zimmerspritze jede weitere Gefahr. Der entstandene Schaden dürfte sich auf etwa 200 Złoty belaufen. *

× **Über sich häufig wiederholende Geflügeldiebstähle** haben die Landbewohner im Kreise Graudenz bittere Klage zu führen. Besonders heimgesucht wird in dieser Hinsicht der Schmiedemeister Czichowski in Dorf Klodtken. Als er Freitag früh seinen Stall betrat, sah er die abgeschnittenen Köpfe seiner 10 Hühner auf der Erde liegen. Während der Nacht hatten Einbrecher die Tiere gestohlen und gleich an Ort und Stelle geschlachtet. *

× **Mittels Einbruchsdiebstahls** wurden aus dem Jan Knitterschen Laden, Rehdenerstraße (Radzyńska) 22, 20 Taschenmesser und 25 Maniküreschenren im Gesamtwerte von 160 Złoty entwendet. Ferner wurden der Kaufmannsfamilie Anczykowski, Marienwerderstraße (Wybickiego) Nr. 33, eine silberne Kette mit Medaillon sowie ein kleinerer Geldbetrag entwendet. In diesem Falle ist als Täterin das Dienstmädchen festgestellt worden. *

× **Zwei Taschendiebe,** die aus Wloclawek stammen, nahm die Kriminalpolizei Freitag hier fest. Obwohl sie erst am Vortage nach Graudenz gekommen waren, haben sie bereits größere Beute gemacht, da ihnen mehr als 200 Złoty Bargeld abgenommen werden konnten. Als ihre Namen gaben die Langfinger Reichenberg und Pultusker an. Es sind offenbar fingierte Namen, zumal der angebliche P. von seinem Kumpan als „Hersch" bezeichnet wurde. Die Polizei stellt jetzt Nachforschungen bezüglich der Identität der Festgenommenen an. *

en **Aus dem Kreise Graudenz** (Grudziądz), 15. Juni. Der Roggen steht in voller Blüte. Während meistens auf den leichten Böden die Blüteperiode früher eintritt als auf schwerem Acker, begann sie dieses Jahr überall ziemlich zu gleicher Zeit. Schönes, warmes Wetter, wie wir es während der letzten Zeit gehabt haben, ist jetzt auch weiterhin erwünscht. Da man im allgemeinen mit dem Beginn der Roggenernte etwa 6 Wochen nach Anfang der Blüte rechnet, so ist der Erntebeginn in der vierten Juliwoche zu erwarten, wenn nicht besondere Witterungsverhältnisse den Ernteanfang hinausschieben oder ihn beschleunigen. Die Ernteaussichten sind nach wie vor günstig. Für dieses Jahr erhofft der Landmann eine bessere Preisbildung, um so mehr, als das verflossene Jahr in dieser Beziehung der Landwirtschaft viel zu wünschen übrig ließ.

Thorn (Toruń).

t **Lebensmittelkontrollen** wurden im ersten Vierteljahr 1929 durch die Hygiene- und Sanitätskommission des Magistrats in 612 Handlungen durchgeführt. Dabei wurden Milchproben in 98 Fällen, Butterproben in 20, Sahneproben in 15 und Margarineproben in 11 Fällen entnommen und untersucht, ferner Fleischwaren, Mehl, Käse usw. * *

t **Ansteckende Krankheiten.** Im ersten Vierteljahr 1929 wurden in Thorn gemeldet: 14 mal Typhus, 7 mal Scharlach, 4 mal Diphtheritis, einmal Wochenbettfieber, 8 mal Tuberkulose, 12 mal Masern, 4 mal Trachoma, 3 mal masernähnlicher Ausschlag (Röschen) und 5 mal Keuchhusten. * *

t **Das Thorner Stadttheater** hat zurzeit auf seinem Spielplan den erfolgreichen Schwank von Arnold und Bach „Die spanische Fliege". Während für die Kinotheater der Boykott deutscher Filme verlangt und von unverantwortlichen Elementen gewissermaßen ein Zwang daraufhin ausgeübt wurde, kümmert sich das Stadttheater augenscheinlich erfreulicherweise nicht darum. Oder sollte es aus Geschäftsinteresse diesen blendenden Schwank spielen, um in der jetzigen warmen Jahreszeit sein Haus zu füllen? Warum verwehrt man dann aber den Kinobesitzern die Aufführung deutscher Zug- und Kassenfilme? — Gleiches Recht für alle! * *

‡ **Die Eisenbahnbrücke** erhält zurzeit einen grauen Ölfarbenanstrich für die im Winterhalbjahr eingebauten eisernen Verstärkungsstücke. Auf dem linken Ufer sind die beiden ersten Strombögen beinahe fertig gestrichen. Man kann heute schon feststellen, daß die neuen Einbauten durch den Anstrich weniger auffallend geworden sind, so daß das Brückenbild, aus einiger Entfernung gesehen, sich nicht allzu sehr zu seinem Ungunsten verändert hat. — Längs des Schienenstranges wurden in gewissen Abständen Hand-Feuerlöschapparate angebracht. * *

t **Aus dem Gerichtssaal.** Von der Strafabteilung des Thorner Bezirksgerichts hatten sich eine Anzahl von Culmseer Einwohnern wegen verschiedener Diebstähle zu verantworten. Während ein Teil mit Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis 4 Wochen davonkam, erlitten sechs bereits Vorbestrafte empfindlichere Bestrafungen, und zwar Józef Banaszewski zwei Jahre Zuchthaus, Jan Banaszewski 1½ Jahre Gefängnis, Marta Banaszewska 3 Monate Gefängnis, Jan Kruszczyński 4 Monate Gefängnis, Antoni Dzielski desgleichen und Izydor Pokrętowski ein Jahr Gefängnis. — Der seinerzeit aus dem Gefängnis entlassene Hieronim Jabczyński machte sich mit einem gleichgesinnten Genossen Kazimierz Wronkowski sofort nach Culm auf den Weg. Hier bestahlen die beiden den Kaufmann Sawiński um verschiedene Garderoben- und Tuchstücke im Werte von fast 500 Złoty. Von dem Diebesgut verkauften sie einen Teil an eine gewisse Klara Mueller. Die Diebe wurden ergriffen und J. erhielt eine Gemängnisstrafe von ejnem Jahr und einem Tag, sein Genosse W. eine solche von drei Monaten. Die Hehlerin wurde zu 14 Tagen Gefängnis mit einjähriger Bewährungsfrist verurteilt. * *

‡ **Feuer im Landkreise Thorn.** Nachdem in der Nacht zum Donnerstag die Kowalskische Mühle in Simon (Siemoń) in Flammen aufgegangen war, brach am Nachmittag desselben Tages gegen 5 Uhr bei einem Besitzer ein Scheunenbrand aus. Das Gebäude konnte nicht mehr gerettet werden und brannte vollständig nieder. Das Feuer entstand wahrscheinlich durch ein spielendes Kind. * *

‡ **Der Polizeibericht** vom 15. Juni meldet die Festnahme eines Trunkenboldes, der nach erfolgter Ausnüchterung und Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. — Es wurden 13 Protokolle wegen Verstoßes gegen Polizeiverordnungen aufgenommen. * *

Unsere Postabonnenten

werden gebeten, dem Briefträger, der in diesen Tagen wegen der Abonnements-Erneuerung vorspricht, den Bezugspreis für das 3. Quartal oder für den Monat Juli gleich mitzugeben. Nur dann kann auf ungestörten Fortbezug der Zeitung nach dem 1. Juli gerechnet werden. Der Briefträger nimmt auch Neubestellungen entgegen.

h. **Lautenburg** (Lidzbark), 14. Juni. Vor dem hiesigen Burggericht hatten sich zu verantworten: Julian Gołębiewski, Johann Barański und Bronisław Bartnicki. Sie hatten nämlich eines Nachts im Staatswalde zwei Kiefern abgesägt und diese sich angeeignet. Das Gericht verurteilte jeden zu 540 Złoty Geldstrafe und 14 Tagen Gefängnis. — Johann Duda und seine Ehefrau Bronisława stahlen an einem Markttage aus dem Geschäft Węrzgowski Hufeisen. Die Hufeisen waren nicht glückbringend, denn das Urteil lautete auf eine Woche Gefängnis. — Władysław Klimowski war im März d. J. im hiesigen Gefängnis zu Gast, was ihm aber nicht zu gefallen schien. Er begann die Zelleneinrichtung zu demolieren und den Gefängnisaufseher, der ihn beruhigte, zu schlagen, zu beißen und zu beschimpfen. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis. — Ein Unglücksfall ereignete sich neulich in der Nähe der Handelsmühle Glowatzki. Vor einem vorüberfahrenden Auto scheuten die Pferde des Landwirts Fabian Zalewski aus Heinrichsdorf (Płośnica); sie stürzten auf den Bürgersteig und rissen einen Laternenpfahl um. In demselben Augenblick wurden auch noch die Pferde des Besitzers Lendwicki aus Kl. Leschno (M. Leżno) scheu und gingen durch. L. fiel hierbei vom Wagen zwischen die Deichseln und brach ein Bein. — Ein anderer Unglücksfall trug sich mehrere Tage vorher auf dem Gute Slupp (Slup) zu. Beim Graben von Kies wurde die Arbeiterin Olszewska von den nachstürzenden Erdmassen verschüttet, daß sie einen Beinbruch erlitt. Ärztliche Hilfe erteilte dem unglücklichen Mädchen der Arzt Filipowicz. Sie mußte aber nach Posen hingebracht werden, wo man ihr das Bein wird amputieren müssen.

ch **Konitz** (Chojnice), 16. Juni. Der Geflügelzuchtverein hielt unter dem Vorsitz des Kaufmanns Friedrich Steinhilber seine Jahresversammlung mit anschließender Monatsversammlung ab. Nach Erstattung des Kassen- und Jahresberichts wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. In den Vorstand wurden folgende Herren gewählt: 1. Vorsitzender Kaufmann Friedrich Steinhilber, 2. Vorsitzender Eduard Pettke, Schriftführer Kasimir Bethke, stellvertretender Schriftführer Fritz Sauter, Kassierer Alex Six, Archivar Bruno Fellmer, Beisitzer Johann Stachnik und Felix Bethke. Dann erstattete K. Bethke einen interessanten Bericht über die letzten Taubenflüge. Trotz des stürmischen Wetters und Gewitters sind die Tauben gut geflogen, jedoch sind wieder empfindliche Verluste durch Habichte zu beklagen. Bei dem letzten Fluge Nakel—Konitz blieben die Tauben folgender Mitglieder Siegr: 1. Fritz Sauter, 2. und 3. Pettke, 4. Fellmer, 5. K. Bethke, 6. und 7. Pettke, 8. Fellmer, 9. Sauter, 10., 11. und 12. Fellmer, 13. Sauter, 14. Fellmer. Eine Taube kehrte erst nach vier Tagen zurück. Nach Verlesung verschiedener Vereinszuschriften wurde die Sitzung geschlossen. — Auf dem letzten Jahrmarkt wurden einigen Besitzern die Pferde angehalten, weil sie keinen Pferdeausweis besaßen. Nach Beibringung der Bescheinigung wurden die Pferde wieder freigegeben.

⚒ **Zempelburg** (Sępólno), 16. Juni. Die von der Oberförsterei Lutau in diesem Jahre veranstalteten Wiesenverpachtungen finden an folgenden Tagen statt: Am Montag, 24. d. M., um 10 Uhr vormittags in Eichwald (Dąbie); an demselben Tage um 3 Uhr in der Försterei Swidwie, und zwar kommen dort die Parzellen 1—27, 142—148 und 181—188 zur Verpachtung; ferner am Dienstag, 25. d. M., um 10 Uhr vormittags in Klein Lutau bei dem Gastwirt Winiarski, und zwar die Parzellen Gaj, Wilczek, Kowarszewo, Koszewo und Zalesniak. — Auf dem letzten Wochenmarkt wurden folgende Preise notiert: Butter 2,00, Eier 2,10—2,20, Spargel 1,30, Suppenspargel 0,50, Gurken 1,50 das Pfund, Spinat 0,30, Rhabarber 0,20, Blumenkohl 1,50—2,00, grüne Stachelbeeren 0,65—0,70, Zwiebeln 0,55—0,60, Zitronen 0,25—0,30. Die Fischstände boten an: Hechte 1,30, Schleie 1,50, Aale 2.50, kleine Barse 0,70. Kartoffeln, die in großen Mengen angefahren waren, wurden mit 2,50 angeboten und gekauft. — Die Zufuhr an Ferkeln auf dem Schweinemarkt war gegen den Vormarkt reichlicher, die Preise waren etwas gesunken. Für ältere Absatzferkel forderte man 80, für jüngere 70—75 Zł. pro Paar. Die Nachfrage war groß, der Handel bei diesen immer noch hohen Preisen schleppend.

a. **Schwetz** (Świecie), 16. Juni. Der Verkehr auf dem letzten Wochenmarkt war sehr rege. Die Belieferung mit Butter war besonders groß, es wurde früh 2,00—2,20, später 2,30—2,50 pro Pfund verlangt, für Eier 2,40—2,50 pro Mandel. Ferner kosteten: Glumse 0,50—0,60, Tilsiterkäse 2,20, Pflaumenmus 1,00, Bienenhonig 2,50, Rhabarber 0,50, Spinat 0,40, Spargel 1,50—1,80, Stachelbeeren 0,60, Sauerampfer 0,20, alte Mohrrüben 0,20 das Pfund, frische Karotten 0,20, Radieschen 0,10, Salat 0,10 das Bündchen. Die Belieferung mit Kartoffeln ist sehr groß; man verlangte 4,00—4,50 pro Zentner. Auf dem Geflügelmarkt gab es recht viel Suppenhühner zum Preise von 4,00—5,50 das Stück, junge Hühner zu 3,00—3,50, junge Tauben zu 2,00 bis 2,50 pro Paar. Der Fleischmarkt war sehr reichlich beliefert; es wurden folgende Preise notiert: Schweinefleisch 1,50—2,00, Rindfleisch 1,40—1,70, Hammelfleisch 1,30—1,50, Kalbfleisch 1,20—1,40, frischer Speck 2,00—2,10.

× **Aus dem Kreise Schwetz,** 16. Juni. Beraubung einer Eisenbahnkasse. In Bukowitz (Bukowiec), Kreis Schwetz, bestahlen dieser Tage Einbrecher die dortige Stationskasse um etwa 50 Złoty, die sie aus einer gewaltsam geöffneten Schublade nahmen. Ferner raubten die Eindringlinge zwei Ballen Leinwand und ein Paket mit Anzügen. Nach Feststellungen der Polizei sind die Täter die drei kürzlich vom Hof des Graudenzer Gerichtsgefängnisses über die Mauer und dann über den Hof des angrenzenden Grundstücks entflohenen Untersuchungsgefangenen Brüder Kolański und Leśniak. Nach Verübung des Einbruchs haben sie sich nach dem nahen Wald begeben, wo sie ihre bisherige Bekleidung ablegten und die gestohlenen anzogen. Ein Teil der Beute ist von ihnen im Walde zurückgelassen worden. Die hinter den Flüchtlingen angestellten Nachforschungen sind ohne Ergebnis geblieben.

***Neuenburg** (Nowe), 16. Juni. Berichtigung. In Nr. 135 der „Deutschen Rundschau" brachten wir eine Nachricht über die Verurteilung von Personen, die mit dem Brande des Schützenhauses in Zusammenhang gestanden haben sollen. Wir erfahren soeben, daß eine Verhandlung und Verurteilung vor dem Graudenzer Schwurgericht nicht stattgefunden hat. Unserem Bericht darüber lag eine falsche Information zugrunde.

÷ **Neustadt** (Wejherowo), 15. Juni. Der heutige Wochenmarkt war sehr gut beschickt, der Besuch recht zahlreich. Die Preise waren zum Teil gesunken. So wurde Butter morgens mit 2—2,30 angeboten und rege gekauft, stieg aber nach 10 Uhr um 20—30 Groschen pro Pfund. Eier kosteten 2,30—2,50, alte Hühner 3—5,00 Złoty, Kartoffeln 3—4,00 der Zentner. Tilsiter Käse war an einigen

Thorn.

Graudenz.

Fischen zu 1,60, 1,80 und 2,40 zu haben. Tomaten wurden zu 4,30 das Pfund angeboten, Äpfel zu 1,80—2,00, Apfelsinen das Stück zu 0,60, Zitronen zu 0,25. Große Speisezwiebeln kosteten 0,50, Setzzwiebeln 0,80, Radieschen 0,20, Gurken das Pfund 2,00, Blumenkohl 0,60 das Stück, Schnittlauch 0,20, Spinat 0,60, Porree 0,10, Rhabarber 0,40, grüne Stachelbeeren 0,90, alte Mohrrüben 0,60, Salat 0,20. Blumen waren in Mengen zu haben und wurden gern gekauft: ein Fliederstrauß kostete je nach Größe und Güte 0,30—0,50, auch sogar 1,00, ein Sträußchen Maiglöckchen 0,15, Setzblumen hatten die alten Preise. An Fischen gab es große Hechte aus dem Zarnowitzer See zu 1,60, sehr viele Flundern zu 0,30—0,50, Räucherflundern zu 1,30—1,50 das Pfund. Kartoffelkörbe in großer Auswahl wurden mit 2—2,50 angeboten, aber wenig gekauft. — Die Wahlkommission für das Stadtparlament besteht laut Verfügung der Wojewodschaftskammer aus den Herren: Referendar Kowalski als Vorsitzender, May, Scheiba, Tadych und Direktor Dzięciołowski.

*

Freie Stadt Danzig.

* **Von einem Radfahrer überfahren** wurde Freitag abend gegen 8 Uhr an der Ecke Hirsch- und Kolkowgasse die siebenjährige Charlotte Dombrowski, die dabei eine Wunde am Nasenbein und Hautabschürfungen davontrug. Nach Anlegung eines Verbandes wurde sie in die elterliche Wohnung gebracht. †

* **Tödliche Verletzung durch einen Stier.** In Klein Lichtenau wurde der dort beschäftigte Arbeiter Franz Meyer von einem wild gewordenen Stier angefallen, der ihm schwere Verletzungen beibrachte. Im Dirschauer Krankenhaus, wohin der Verletzte gebracht wurde, ist er bald darauf gestorben. †

* **Unfall.** Auf dem schwedischen Dampfer „Eros" wurde beim Kohlenverladen der Arbeitsmeister Paul Weynowski aus Neufahrwasser von den aus dem Rohr des Elevators gleitenden Kohlen erfaßt und etwa zwei Meter tief in den Laderaum mitgerissen. Der Elevator wurde sofort abgestellt, jedoch war W. von den nachfallenden Kohlen bereits so weit verschüttet, daß nur noch der Kopf und eine Hand aus den Kohlenmassen herausragten. Er wurde aus seiner gefährlichen Lage befreit und hat glücklicherweise nur einige Schrammen davongetragen. †

Der Held des Elsaß.

Wie Dr. Roos die Straßburger Polizei täuschte.

Dr. Karl Roos, der Angeklagte im zweiten Autonomistenprozeß, wurde am 12. Juni 1928 während seines Aufenthalts in der Schweiz zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sein Entschluß, sich dem französischen Gericht zu stellen, stand fest; so kehrte er ins Elsaß zurück. Doch bevor er sich der Straßburger Polizei zu erkennen gab, sprach er im Straßburger Sängerhaus zu seinen Freunden. Die Täuschung, der er sich dabei bediente, findet im „Elsässer Kurier" folgende Schilderung:

Freitag, der 9. November, war angesetzt als Tag der Rückkehr. Dichter Nebel lagerte über dem Birsigtal. Keine zwei Meter sah man vor sich. Es war gegen 8 Uhr morgens, als Dr. Roos an die franko-schweizerische Grenze kam. Ganz allein überschritt er zwischen zwei Dörfern die Grenzscheide, die ihn aus sicherem Gewahrsam in die Hände der Justiz gab. Mutig ging er seinem Schicksal entgegen. Ihm graute nicht vor der kommenden Haft. Ihm graute nicht vor dem Prozeß. Er fürchtete nicht das Urteil seiner elsässischen Landsleute. Nur eines wollte er nicht: auf seiner Heimfahrt wie ein gewöhnlicher Schuft gefangen genommen werden. Er wollte sich in Straßburg freiwillig der Polizei stellen.

Der erste Kilometer auf französischem Boden wurde zurückgelegt, ohne daß Roos irgend jemand begegnete. Erst als er in die Nähe des Ortes X. kam, begegnete er plötzlich zwei Douaniers. Der dichte Nebel ließ sie erst bemerkbar werden, als Dr. Roos kaum zwei Meter vor ihnen stand. Nichts an ihm verriet, daß er der gefährliche Komplotteur war, der zu 15 Jahren Festungshaft verurteilt ist. Wahrscheinlich weil es so kalt und ungemütlich war, ersparten sich die Douaniers sogar die Mühe, Dr. Roos zu fragen, ob er etwas zu verzollen habe. Sie gingen vorüber. Die erste Gefahr war vorbei.

Die zweite Gefahr lauerte 100 Meter davon. Diesmal waren es die Gendarmen. Durch eine Indiskretion war bekannt geworden, daß Dr. Roos zurückkehre. Die Gendarmerie von Nieder-H. war alarmiert und suchte die Grenze entlang.

Plötzlich tauchten vor Dr. Roos zwei Gendarmen auf.

Was tun? Ein Sprung in den Wald am Rande der Straße, ein Niederlegen hinter einem Busch, zwei Minuten Atem anhalten, und auch die zwei Gefahr war vorbei.

Von Straßburg waren zwei Freunde mit einem Auto bis an die Straßenkreuzung bei L. gekommen. Dort blieben sie gemäß der Vereinbarung stehen und warteten. Um 8.30 Uhr sollte Dr. Roos eintreffen. Es schlug an der nahen Dorfkirche 9 Uhr, 9.15, 9.30, 10 Uhr . . . und immer war er noch nicht da.

Die Ungeduld in den Herzen der beiden Freunde wuchs begreiflicherweise von Minute zu Minute. War er gefangen genommen? Hatte er den Weg verfehlt? Irrte er im Nebel umher? War ihm vielleicht der Treffpunkt falsch gemeldet worden? Diese und andere Fragen stellten sich die beiden Freunde. Beantworteten sie. Verwarfen die Antwort. Und fragten sich weiter.

Endlich . . .

Es war 11 Uhr, als der lang Erwartete aus dem Nebel hervortrat. Ein Händedruck, und dann schnell ins Auto! Die Mütze ins Gesicht gezogen, die Autobrille aufgesetzt und in rasender Fahrt durch den Sundgau nach Straßburg. Am hellen Nachmittag fuhr das Auto durch die Colmarer Straße, an der „Republique", an der Polizeidirektion vorbei zur Wohnung des Freundes Y.

Für abends 8 Uhr war eine große öffentliche Versammlung im Sängerhaus angekündigt. Überraschungen waren verheißen. Von Mund zu Mund hatten die Autonomisten sich weiter gegeben, Dr. Roos werde erscheinen. Das freudige Herz eines Autonomisten hatte in einem Café zu laut gesprochen. Ein Spitzel hatte es gehört.

Schon vor mittag alarmierte die Polizeidirektion die Kommissare der verschiedenen Distrikte, Dr. Roos sei in Straßburg, er sei zu fassen, wo man ihn treffe.

Damals war er allerdings noch zwischen Mülhausen und Colmar.

5 Uhr abends. Polizeikommissar M. telephoniert einen bekannten Autonomisten an und fragt, ob es stimme, daß Dr. Roos zurück sei.

M.: Ich weiß es nicht. Ich habe nichts davon gehört. Dr. Roos stand 50 Zentimeter davon entfernt daneben, als M. am Telephon die Antwort gab.

6½ Uhr. Bei Freund Y. trifft die sichere Nachricht ein, daß Punkt 7 Uhr Polizei und Gendarmerie das Sängerhaus umstellen werden. Kurzer Kriegsrat. Es eilt. In zwei Minuten ist der Plan fertig.

Im Sängerhaus arbeiteten die Maurer. Was lag näher? Dr. Roos stülpt die Hemdärmel auf. Etwas Maurerdreck gibt es überall in der Nähe.

Nach zwei Minuten ist der Maurer Roos fertig.

Ein Handkarren, beladen mit Backsteinen, macht die Verkleidung fertig. Und so schiebt Dr. Roos die Last vor den Augen der Polizei in den Hof des Sängerhauses. Links ein Schupo, rechts ein Schupo. Sie sehen den Maurer. Sie staunen ihn an. Das ist sicher nicht Dr. Roos, den sie suchen. Unterdessen landet der Maurer Roos glücklich im Innenhofe des Sängerhauses. Freund Y. ist unterdessen durch die andere Türe ruhig ins Sängerhaus gekommen. Im Hofe begegnet er „zufällig" dem Maurer Roos. Ein Griff. Der Pelerinmantel des Freundes Y. springt über auf die Schultern des Maurers Roos und so gelingt es Dr. Roos, jetzt als gewöhnlicher Versammlungsteilnehmer bis in den großen Versammlungssaal zu kommen, wo er unter dem Podium, in einer Ecke kauernd, hören muß, wie die Polizei neben und über dem Podium Platz nimmt, um den gefährlichen Komplotteur zu fassen, wenn er auf dem Podium Platz nimmt. Wenig angenehme Minuten, Wenn sie gewußt hätten . . .

Es sprechen Advokat Fourrier, Abg. Mourer, Charles Hueber. Alle reden sie unter brausendem Beifall des zum Brechen angefüllten Saales. Schließlich, von Dr. Roos sprechend, erklärt Hueber: „Und nun Freund, rede selber zu uns!"

Da steigt zum Entsetzen der Polizei, aus dem Boden des Podiums, der viel Gesuchte empor.

Die Polizei will zugreifen, aber die Heimatrechtler sind stärker. Sie dulden es nicht. Sie bilden einen Wall um den Zurückgekehrten. Undurchdringlich. Hoch und stolz flattert über ihm die elsässische Fahne. Unter ihrem Schutze spricht er zu seinen Freunden vom Elsaß, von der lieben Heimat, für die er in die Fremde ging, für die er zurückkehrte. Es lebe das Elsaß! Mit diesem Rufe schließt die Versammlung.

Wie wird es nun gehen? Wird man glücklich heimkommen? Die Polizei ist in Massen angesammelt, um den gefährlichen Komplotteur zu verhaften. An allen Saaltüren steht sie zu Dutzenden. Man drängt zum Ausgang. N. hat die elsässische Fahne. Er schwingt sie hoch. Er ruft: Es lebe Dr. Roos! Dr. Roos soll leben! Die Polizei stürmt herbei. Sie greift in das Knäuel, das schützend sich um „Dr. Roos" gebildet hat. Sie wirft ihn ins Auto. Stolz über den prächtigen Fang, den man als Dr. Roos annimmt, rast man zur Polizei.

Welche Enttäuschung, als man da feststellen muß, daß der Verhaftete nicht Dr. Roos, sondern N. ist.

Während die Polizei so nach einer Richtung lief, um über N. herzufallen, ging Dr. Roos gemütlich, ohne jede Deckung, frech wie Oskar, zur großen Türe des Sängerhauses hinaus, als ginge ihn alles nichts an, und fuhr in einem Auto heim zu seinem Freund Y. Dort schlief er noch die letzte Nacht in Freiheit.

Nervosität in Paris.

Paris, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In hiesigen politischen Kreisen wird die gegenwärtige Situation Frankreichs auf internationalem Gebiet ziemlich pessimistisch beurteilt. Die innere Lage wird durch die Schwierigkeiten bei der Ratifizierung des amerikanischen Schuldenabkommens kompliziert, die von der Garantierung des Inkrafttretens des Young-Plans abhängt, gegen den wahrscheinlich die englische Regierung mit der Begründung auftreten wird, daß er die Interessen Englands zugunsten Frankreichs schädige. Im Zusammenhange mit diesen Meldungen macht sich in politischen Kreisen eine ziemlich starke Nervosität bemerkbar.

Die Welt nach zehn Jahren.

Ein etwas verschwommenes Zukunftsbild Macdonalds.

Im Londoner „Sunday Dispath" lesen wir einen Artikel des neuen englischen Ministerpräsidenten **Ramsay Macdonald** über das Thema **„Wie wird die Welt nach zehn Jahren aussehen?"** Die wichtigsten Abschnitte dieses Artikels lauten:

Ich sehe die ganze Welt in riesige Wirtschaftsbezirke eingeteilt, die durch mächtige Syndikate kontrolliert werden und keine anderen Grenzen anerkennen außer den Grenzen ihrer eigenen Märkte. Bei der Betrachtung der politischen Situation muß man sich die Frage vorlegen, was der Völkerbund im Jahre 1940 sein wird. Alles hängt hier von der politischen und moralischen Macht ab, zu der sich die kleinen Staaten Europas emporzuschwingen vermögen. Gelingt es ihnen wirklich, einen starken Einfluß in Genf auszuüben, so wäre es möglich, daß wir nach Ablauf von den nächsten zehn Jahren etwas Ähnliches wie die Vereinigten Staaten von Europa haben werden.

Solange Amerika abseits vom Völkerbund stehen wird, ist die ganze Organisation Europas schwierig, fast unmöglich. Wie es mir scheint, sind jedoch die Chancen sehr gering, daß sich Amerika im Laufe der nächsten zehn Jahre dem Völkerbunde anschließt. Es wird dagegen lebhafter als bisher an den Genfer Arbeiten und an den Arbeiten des Internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag mitwirken. Bevor das nächste Jahrzehnt vergangen ist, werden sich Großbritannien und die Vereinigten Staaten verständigen und über das Thema der alten irritierenden Frage der Freiheit der Meere zu einem Einvernehmen gelangen. Dies wird die Besserung der allgemeinen Beziehungen zwischen Europa und Amerika bedeutend erleichtern.

In den nächsten zehn Jahren werden sich die westlichen Rassen im Angesicht des schwierigen Problems befinden, ihre Köpfe zu den östlichen Rassen zu erheben. Eines der Ergebnisse der russischen Revolution, das fast unbemerkt für eine unvoraussehende Politik vorübergegangen ist, die wir die letzten vier Jahre lang getrieben haben, war die Verbindung Rußlands mit Deutschland. Wir haben nicht allein diese unglückliche Evolution erleichtert, sondern sie unvermeidlich gemacht. Es wird noch viel Zeit vergehen zwischen der Epoche, in der der Westen durch Waffengewalt zu dominieren wußte, und dem Zeitabschnitt, in dem der Osten auf die Stufe der Gleichheit bei Verhandlungen gestellt werden wird. Die russische Evolution versucht auf diese Frage mit Revolutionen oder zumindest mit **Revolutionserscheinungen zu antworten.**

Weiter meint Macdonald, daß der Osten nach seiner Ansicht geradezu sagen will: „Wir werden euch zwingen, das zu machen, was wir wollen, durch Boykott oder mit Gewalt." Im Falle der Revolution, sagt Macdonald, ist die Demokratie zu nichts zu gebrauchen.

Der neue englische Ministerpräsident glaubt nicht daran, daß in Europa in den nächsten zehn Jahren die Diktatur festen Fuß fassen wird.

Die Ueberspannung des Weltkredits.

Beseitigung der Schutzzölle — eine internationale Forderung.

Von Dr. Hans Hillebrand.

Als eines der erfreulichsten Ergebnisse der englischen Wahlen kann die unbestreitbare Tatsache verzeichnet werden, daß die Anhänger des überspitzten Protektionismus in England auf der ganzen Linie vorerst geschlagen worden sind. Wäre das Kabinett Baldwin auch weiterhin am Ruder geblieben, so hätten sich die gegenwärtig noch bestehenden englischen Schutzzollbestimmungen in Form höherer Zölle für das Ausland, nicht zuletzt für den exporthungrigen deutschen Außenhandel, noch ungünstiger als bisher ausgewirkt. Im neuen englischen Parlament werden jedenfalls die Verfechter des Protektionssystems sich ganz erheblich in der Minderzahl befinden. Seit Jahrzehnten gehört das Freihandelsprogramm zu den feststehenden Forderungen der Liberalen sowie der Labour-Party, und es liegt gerade jetzt dringender als je für die Regierungsvertreter der letzteren Partei die Notwendigkeit vor, diese Forderung mit allem Nachdruck zu verfechten. Der neue Zolltarif der Vereinigten Staaten ist in England Gegenstand ernsthafter Besorgnisse, gilt es doch als sicher, daß er die bisher schon fast prohibitiven Zölle noch wesentlich erhöhen wird. Man rechnet damit, daß ein so eifriger Verfechter der Freihandelsbewegung wie Philip Snowden ganz energisch gegen die vorgesehenen amerikanischen Zollerhöhungen protestieren wird, und zwar mit dem Hinweis, daß die Vereinigten Staaten nicht das Recht haben, auf diese Weise Europa die Abbezahlung seiner Kriegsschulden zu erschweren. Daß durch die Erhöhung der an sich schon hohen amerikanischen Zollmauern der Goldstrom nach den Vereinigten Staaten anschwellen muß und das zahlungspflichtige Europa zu weiteren Kreditaufnahmen förmlich gezwungen wird, liegt auf der Hand.

Erst kürzlich wies der bekannte englische Wirtschaftstheoretiker Sir George Paish in „The Statist", einer der führenden Finanzzeitschriften des Inselreiches, auf die enge wirtschaftliche Verflechtung der Staaten und Kontinente hin und betonte in diesem Zusammenhang, **der gesamte Weltkredit sei bereits derartig angespannt, daß ein Dilemma des internationalen Wirtschaftsverkehrs befürchtet werden müßte.** War während des Krieges die Arbeit der Weltwirtschaft, da die Welt selbst in zwei feindliche Kriegslager zerfiel, auf ein den meisten Staaten gemeinsames Ziel gerichtet, so zeigen heute die in der Weltwirtschaft tätigen Kräfte längst nicht mehr die gleiche Tendenz zur Zusammenarbeit. Der Kreditbedarf der Welt hat sich seit 1914 gewaltig vermehrt und weist heute Erscheinungen auf, die katastrophale Wirkungen zeitigen können. Seitdem ist praktisch nichts geschehen, um die Kreditsucht der Weltwirtschaft auf ein normales Maß zurückzuführen. Der Worte freilich sind genug gewechselt.

Schon auf der **Internationalen Wirtschaftskonferenz** in Brüssel 1920 wurde — theoretisch — die Forderung einer Beseitigung der Zollschranken aller Staaten gestellt. Im Verlauf der folgenden Konferenzen in Rom, Brüssel und Stockholm gab die Internationale Handelskammer Hinweise für die erforderlichen Vorarbeiten zur Festsetzung dieses für alle Staaten gemeinsam zu erlangenden Zieles. Die Genfer Weltwirtschaftskonferenz richtete 1927 an alle Nationen das Ersuchen, ihre bisherige starre Schutzzollpolitik zugunsten des Freihandels aufzugeben. Da jedoch weder die Vereinigten Staaten noch England und seine Dominien, mithin also die beiden bestimmenden Faktoren der Weltwirtschaft, wenig Lust verspürten, ihren Wirtschaftsprotektionismus aufzugeben, blieb alles beim alten. In England selbst erregte allerdings das damalige Verhalten der maßgeblichen Politiker und Wirtschaftsführer heftigen Unwillen und berechtigte Kritik. Der inzwischen verstorbene Direktor der Westminster Bank, Walter Leaf, äußerte sich über diesen Mangel an wirtschaftspolitischer Einsicht: „Man hat alle nur erdenklichen Maßnahmen zur Behinderung des internationalen Handelsverkehrs getroffen. Daß einzelne Länder vorübergehende Vorteile daraus gezogen haben, soll nicht bezweifelt werden. Doch ist dies eine Methode, die sicherlich einen Kontinent wie Europa zum ökonomischen Selbstmord führt, falls nicht eines Tages die Zollschranken zwischen den Ländern fallen." Bei der jüngsten Behandlung des strittigen Zollproblems im Wirtschaftsrat des Völkerbundes kennzeichnete der tschechoslowakische Großindustrielle Hodac die Befürchtungen vieler internationaler Wirtschaftskenner dahin, daß die weltwirtschaftliche Entwicklung der nächsten Jahre im Zeichen erheblicher Depressionserscheinungen stehen würde. Nicht unerwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß im Rahmen dieser Verhandlungen Loucheurs Gedanke einer umfassenden Organisation aller europäischen Industrie- und Landwirtschaftsproduzenten gerade von den Vertretern der internationalen Industriekartelle nicht nur abgelehnt, sondern teilweise sogar heftig bekämpft wurde. Loucheurs Plan einer Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa" auf rein wirtschaftlicher Grundlage dürfte damit abermals in weite Ferne gerückt sein.

Schwierig ist der Weg einer vernunftgemäßen Sanierung der Weltwirtschaft, deren Glieder teilweise noch unter den rheumatischen Schmerzen der durch Kriegs- und Nachkriegswirren erzeugten Leiden und funktionellen Störungen zucken. Aber er muß beschritten werden, und zwar durch allmählichen Zusammenschluß aller nationalen und darüber hinaus kontinentalen Wirtschaftskräfte.

Sturm- und Wasserschäden in Südosteuropa

„Paris midi" berichtet über gewaltige Stürme, die in Südosteuropa wüten. In Beßarabien wurden durch eine Überschwemmung einige kleine Städte vollständig zerstört. 28 Personen sollen den Tod erlitten haben. Von heftigem Unwetter wurde auch die Ukraine heimgesucht. **In Kiew sind über 300 Häuser eingestürzt, in der Umgegend etliche tausend Stück Vieh umgekommen. Die Zahl der Menschenopfer, die sehr groß sein soll, ist noch nicht bekannt.**

Nach einer Meldung aus Belgrad schlug der Blitz in einen Baum ein, unter dem eine Gruppe von Dorfbewohnern Schutz gesucht hatte. Sechs Personen wurden erschlagen, fünf erlitten schwere Verletzungen.

Aufhebung des Waffeneinfuhrverbots nach China.

Tokio, 11. Juni. Wie die japanische Presse meldet, **haben sich die Westmächte entschlossen, das Verbot der Waffen- und Munitionseinfuhr nach China aufzuheben.** Von dieser Entscheidung hat der holländische Gesandte in China als Doyen des diplomatischen Korps der Nankinger Nationalregierung Mitteilung gemacht.

Die erwähnte Entscheidung setzt die im Mai 1919 zwischen Großbritannien, Spanien, Portugal, den Vereinigten Staaten, Rußland, Brasilien, Frankreich und Japan zustandegekommene Verständigung, der sich später auch Holland, Dänemark, Belgien und Italien anschlossen, außer Kraft. Die Wiederherstellung der Freiheit des Waffenhandels in China wird in der durch die Mächte dem chinesischen Außenminister Dr. Wang zugestellten Note damit begründet, **daß die Autorität der Regierung von Nanking auf dem Gebiet des ganzen Landes anerkannt worden ist.**

Die Folgen dieser Anordnung machen sich bereits bemerkbar. Die Vereinigten Staaten sollen den Wunsch haben, die Bildung einer chinesischen Kriegsmarine zu unterstützen. Vor 20 Jahren hatte die amerikanische Gesellschaft „Bethleen Corporation" mit der mandschurischen Regierung einen Vertrag zur Schaffung einer Meeresbasis in Fukien abgeschlossen. Dieses Abkommen kam jedoch nicht zustande infolge des durch die britische und japanische Regierung eingelegten Protestes. Jetzt sind Gerüchte im Umlauf, daß die chinesische Regierung zu dem amerikanischen Projekt zurückkehren soll. Andererseits wird gemeldet, daß englische Firmen von China bereits Bestellungen auf Seekriegsmaterial erhalten hätten. Außerdem soll sich die chinesische Regierung mit der Absicht tragen, englische Berater für Operationen zur See zu engagieren.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Verteilung der Brennkontingente.

Über die Verteilung der Wojewodschafts-Brennkontingente unter die landwirtschaftlichen Brennereien ist soeben im „Dziennik Ustaw (Nr. 39) eine sofort in Kraft getretene Verordnung des polnischen Finanzministers erschienen mit der Maßgabe, daß die darin vorgeschriebenen Verteilungsgrundsätze zum ersten Mal am 1. September 1930 angewendet werden sollen. Es handelt sich bei dieser Verordnung um die Schaffung eines besseren Ausgleichs zwischen den häufig sehr verschieden gelagerten Interessen der landwirtschaftlichen Brennereien, die je nach der Zusammensetzung der Anbauflächen des in Betracht kommenden landwirtschaftlichen Betriebes und vor allem je nach ihrer Entfernung von Bahnstationen oder den Betriebsstätten für andere landwirtschaftliche Industriezweige (Zucker und Kartoffelstärke) in ihren Produktionsbedingungen bevorzugt oder benachteiligt sind. Durch die neuen Verteilungsgrundsätze sollen insbesondere die Interessen der verkehrsgünstig gelegenen Brennereien berücksichtigt werden. Im übrigen bleiben die einschlägigen Vorschriften über die Verteilung der Brennkontingente gemäß den Ausführungsbestimmungen zum Spiritusmonopolgesetz, die am 11. Juli 1928 in Kraft getreten sind, aufrecht erhalten.

Um ein Ausmaß des Brennrechtes für die drei Jahre, beginnend mit der Kampagne 1930/31 zu erhalten, sind die Brennereibesitzer verpflichtet, bis spätestens 1. Juli vor jeder dieser Dreijahresperioden ein Gesuch bei der Finanzbehörde 2. Instanz durch Vermittlung der Finanzbehörde 1. Instanz einzureichen. Diesem Gesuch müssen beigefügt werden: Eine Aufstellung des Ackerbodens, der Wiesen und Weiden der landwirtschaftlichen Betriebe, die mit der Brennerei zusammenhängen. Als mit der Brennerei zusammenhängend werden Terrains angesehen, die in einem Umkreis von 10 Kilometer von der Brennerei liegen und dem Brennereibesitzer gehören. Für Terrains, die nicht mit Hypotheken belastet sind, wird die Aufstellung der Terrains von den Finanzbehörden 1. Instanz bestätigt. Des weiteren sind dem Gesuch eine Aufstellung der Brennereiproduktion in den letzten drei Kampagnen beizufügen, ferner Angaben über die Größe der Brennerei, deren Entfernung von der nächsten Eisenbahnstation, von einer größeren Stadt oder einem Industriezentrum, von einer Zuckerfabrik und Stärkefabrik sowie endlich über das in den letzten drei Jahren mit Kartoffeln angebaute Gebiet. Es müssen die Flächen in Hektar, die Entfernungen in Kilometer angegeben werden. Dabei muß erwähnt sein, wie groß die Entfernung per Chaussee, gepflasterte Straße, Zufuhrbahn und Feldweg ist. Die Gesuche müssen auf den von den Finanzämtern für Akzisen und Monopole gelieferten Formularen geschrieben sein.

Die Verteilung des Wojewodschafts-Brennrechtes unter die einzelnen Brennereien wird von der Finanzbehörde 2. Instanz nach einer in der gleichen Nummer des „Dziennik Ustaw" veröffentlichten besonderen Instruktion vorgenommen. Die nach dieser Instruktion festgesetzte Höhe des Brennrechtes wird einer Kommission, bestehend aus 5 Mitgliedern, zur Begutachtung vorgelegt. Die Mitglieder der Kommission werden durch den Präsidenten der Finanzkammer im Einvernehmen mit den Organisationen der landwirtschaftlichen und Industrie-Brennereien berufen, sofern diese Organisationen auf dem Gebiete der in Frage stehenden Wojewodschaft tätig sind. Die Finanzbehörden 2. Instanz können nach Anhören dieser Kommission das für die einzelnen Brennereien festgesetzte Brennkontingent in den Grenzen von 20 Prozent ändern. Diese Änderungen können aber nur in den Grenzen des in der Wojewodschaft festgesetzten Brennrechtes gesondert für die landwirtschaftlichen und Industrie-Brennereien vorgenommen werden. Nach engültiger Festsetzung des Brennkontingentes benachrichtigen die Finanzbehörden 2. Instanz in der vorgeschriebenen Frist jede Brennerei über die Höhe des ihr für jede Kampagne der nächsten drei Jahre zugemessenen Brennrechtes. Die Finanzbehörden 2. Instanz müssen dann unverzüglich eine Aufstellung der vorgenommenen Verteilung in 2 Exemplaren der Direktion des Staatlichen Spiritusmonopols einsenden. Den Unternehmern steht binnen 4 Wochen vom Tage der Benachrichtigung über die Höhe des zugemessenen Brennrechtes das Recht des Einspruchs beim Finanzminister zu, der dann eine endgültige Entscheidung trifft.

Die oben erwähnte Instruktion über die Vornahme der Verteilung des Wojewodschafts-Brennrechtes lautet: Im Bereich einer jeden Wojewodschaft nimmt die Finanzbehörde 2. Instanz die Verteilung des Brennkontingents unter die berechtigten Brennereien nach folgenden Grundsätzen vor:

1. 40 Prozent des gesamten Brennrechtes werden unter die Brennereien im Verhältnis zur ha-Summe bebauten Bodens, Wiesen und Weiden der Landwirtschaften, die mit der Brennerei zusammenhängen, verteilt. Zur Ackerbaufläche wird eine Wiesen- und Weidenfläche in einer Maximalhöhe von 30 Prozent der Ackerbaufläche einer jeden Landwirtschaft hinzugerechnet.

2. 10 Prozent im Verhältnis zur Summe der wirklichen Durchschnittsproduktion aller Brennereien der gegebenen Wojewodschaft in den letzten drei Jahren, in hl 100grädigem Spiritus ausgedrückt.

(Anmerkung: Wenn eine Brennerei nur zwei oder eine Kampagne hindurch tätig war, so wird die Durchschnittsproduktion zweier Kampagnen bezw. einer Kampagne angenommen. Wenn die Brennerei in den letzten drei Jahren nicht in Betrieb war, so wird das durchschnittliche Einkaufskontingent der Brennerei in der letzten Kampagne angenommen.

3. 5 Prozent im Verhältnis zum Ausmaß aller Brennereien der gegebenen Wojewodschaft, das in der Summe der geometrischen Fassung der Fermentationsbottiche dieser Brennereien nach dem Stand der Kampagne von 1924/25 ausgedrückt ist. War die Brennerei in der Kampagne 1924/25 nicht tätig oder bestand sie noch nicht, so ist das Fassungsvermögen der Fermentationsbottiche anzunehmen, das in dem ersten nach der Kampagne 1924/25 aufgestellten Verifikationsprotokoll festgelegt war.

4. 15 Prozent im Verhältnis zur gesamten Entfernung der einzelnen Brennereien der Wojewodschaft von der nächsten Güterstation der normalspurigen Eisenbahn in km, wobei 1 km Chaussee, Straße oder Zufuhrbahn als 1 km gilt, während 1 km Feldweg als 2 km gerechnet wird.

5. 10 Prozent im Verhältnis zur gesamten Entfernung der einzelnen Brennereien von einer größeren Stadt oder einem Industriezentrum in km. Zur Berechnung wird eine Entfernung von höchstens 30 km von einer Stadt (mit über 20 000 Einwohnern) oder einem Industriezentrum angenommen. Eine Entfernung von mehr als 30 km wird wie eine solche von 30 km bewertet. Nebenwege werden, wie oben erwähnt, doppelt gerechnet. Für die Festsetzung der Einwohnerzahl sind die Daten der Volkszählung des Statistischen Hauptamtes vom Jahre 1921 oder spätere lokale Zählungen maßgebend.

6. 5 Prozent im Verhältnis zur gesamten Entfernung der einzelnen Brennereien der Wojewodschaft von den nächsten betriebsfähigen Zuckerfabriken. Zur Berechnung dient die Entfernung von höchstens 50 km für jede Brennerei und Zuckerfabrik. Enterfnungen von über 50 km gelten als solche von 50 km.

7. 5 Prozent im Verhältins zur gesamten Entfernung der einzelnen Brennereien der Wojewodschaft von einer Stärkefabrik, die betriebsfähig ist und fremde Kartoffeln verarbeitet. Als Maximalentfernung gilt die für Zuckerfabriken angegebene.

(Anmerkung: Wenn die Entfernung einer jeden Brennerei der gegebenen Wojewodschaft von der nächsten Zucker- oder Stärkefabrik 50 km überschreitet, so werden diese Faktoren überhaupt nicht in Betracht gezogen und die für diesen Zweck bestimmten Mengen des Brennrechtes im Verhältnis **zum Brennrecht der einzelnen Brennereien verteilt,** das ohne Berücksichtigung des einen oder beider obiger Faktoren berechnet wird.)

8. 10 Prozent im Verhältnis zur Qualität des Bodens. Zur Berechnung dient die durchschnittliche Anbaufläche von Kartoffeln in den letzten drei Jahren in jeder Landwirtschaft, die mit der Brennerei zusammenhängt. Diese Fläche muß in ha festgesetzt sein, und zwar möglichst auf Grund von Büchern, und von den Verwaltungsbehörden oder den Finanzbehörden 1. Instanz bestätigt sein. Das auf diesen Faktor entfallende Wojewodschaftsbrennrecht wird im Verhältnis zur ha-Summe des mit Kartoffeln angebauten Gebietes auf alle mit den Brennereien der gegebenen Wojewodschaft zusammenhängenden Landwirtschaften verteilt.

(Anmerkung: Falls sich in den letzten drei Jahren infolge Parzellierung oder teilweisen Verkaufs die Anbaufläche verringert hat, so muß zur Berechnung die durchschnittlich verminderte Kartoffelanbaufläche angenommen werden. Falls es nicht möglich ist, für das gegebene Jahr die Kartoffelanbaufläche festzusetzen (oder im Falle von Zweifeln), muß die Kartoffelanbaufläche in einem solchen Verhältnis zur gesamten Ackerfläche angenommen werden, in dem die Kartoffelanbaufläche aller Brennereigüter zusammen zur gesamten Ackerbaufläche steht. Hierbei werden Wiesen und Weiden nicht berücksichtigt.

Auf diese Weise erhält man für jeden der vorgenannten Faktoren einen Einheitskoeffizienten, der die Menge des Brennrechtes in hl angibt, die auf 1 ha Ackerboden, auf 1 hl durchschnittlicher Produktion in den letzten Jahren, auf 1 hl der Fassung der Fermentationsbottiche, auf 1 km Entfernung von der Eisenbahnstation usw. entfällt. Werden diese Zahlen mit dem entsprechenden Koeffizienten multipliziert, so erhält man einen Teil des Brennkontingents, der diesem Faktor entspricht. Die für jede Brennerei erhaltenen Spiritusmengen (in hl 100grädigem Spiritus) ergeben zusammen das Brennrecht der Brennerei. Da das Brennrecht einer landwirtschaftlichen Brennerei 1600 hl 100 grädigen Spiritus nicht überschreiten darf, so müssen die aus der Berechnung sich ergebenden Überschüsse unter die übrigen Brennereien im Verhältnis zu ihrem Brennrecht verteilt werden. Sollte für einige Brennereien aus der Berechnung das Brennrecht sich kleiner als 300 hl ergeben, so ist dieses Brennrecht aus den Überschüssen über 1600 hl zu ergänzen. Sind solche Überschüsse nicht vorhanden oder reichen diese nicht aus, so ist das Brennrecht der übrigen Brennereien proportional zu verringern. Zur Zuteilung eines Minimums von 300 hl ist jede Brennerei berechtigt, wenn sie Kartoffeln in einer für die Herstellung von 300 hl 100grädigem Spiritus ausreichenden Menge anbaut. Im Zweifelsfalle ist im Sinne des Par. 84 der Verordnung des Finanzministers vom 7. Februar 1928 („Dziennik Ustaw", Nr. 60) zu verfahren.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 17. Juni auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Złoty am 15. Juni. Danzig: Ueberweisung 57,80 bis 57,94, bar 57,83—57,97. Berlin: Ueberweisung Warschau 46,95 bis 47,15. Posen 46,925—47,125, bar gr. 46,70—47,10, Zürich: Ueberweisung 58,25. London: Ueberweisung 43,24. Newyork: Budapest: bar 64,10—64,40, Wien: Ueberweisung 79,645 bis 79,925.

Warschauer Börse vom 15. Juni. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,14, 353,04 — 357,24, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 43,23$^1/_2$, 43,34 — 43,13, Newyork 8,90, 8,92 — 8,88, Oslo —, Paris —, Prag —, Riga 171,35, 171,78 — 170,92, Schweiz 171,51$^1/_2$, 171,94$^1/_2$ — 171,08$^1/_2$, Stockholm —, Wien —, Italien 46,67, 46,79 — 46,55.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 15. Juni. In Danziger Gulden wurden notiert Devisen: London 25,01$^3/_4$ Gd., 25,01$^3/_4$ Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Warschau —,— Gd., —,— Br. Noten: London —,— Gd., —,— Br., Berlin 122,946 Gd., 123,254 Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Holland —,— Gd., —,— Br., Zürich —,— Gd., —,— Br., Brüssel —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,83 Gd., 57,97 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 15. Juni Geld	In Reichsmark 15. Juni Brief	In Reichsmark 14. Juni Geld	In Reichsmark 14. Juni Brief
	Buenos-Aires 1 Pes.	1.752	1.756	1.753	1.757
—	Kanada . . 1 Dollar	1.154	1.162	1.156	4.164
5.48%	Japan . . . . 1 Yen.	1.841	1.845	1.841	1.845
—	Kairo . . . 1 äg. Pfd.	29.838	20.878	20.84	20.89
—	Konstantin 1 trk. Pfd.	2.018	2.022	2.018	2.022
5.5%	London 1 Pfd. Sterl.	20.313	20.353	20.316	20.356
5%	Newyork . . 1 Dollar	4.190	4.198	4.1910	4.1990
—	Rio de Janeiro 1 Milr.	0.496	0.498	0.496	0.498
—	Uruguay 1 Goldpes.	4.036	5.044	4.036	4.044
5.5%	Amsterdam . 100 Fl.	168.18	168.52	168.21	168.55
9%	Athen	5.415	5.425	5.435	5.445
4%	Brüssel-Ant. 100 Frc.	58.14	58.26	58.16	58.28
6%	Danzig . . 100 Guld.	81.19	81.35	81.18	81.34
7%	Helsingfors 100 fi. M.	10.529	10.549	10.529	10.549
7%	Italien . . . 100 Lira	21.92	21.96	21.915	21.955
7%	Jugoslavien 100 Din.	7.360	7.374	7.360	7.374
5%	Kopenhagen 100 Kr.	111.62	111.84	111.64	111.85
8%	Lissabon . 100 Elsc.	18.73	18.77	18.73	18.77
5.5%	Oslo-Christ. 100 Kr.	111.62	111.84	111.64	111.86
3.5%	Paris . . . . 100 Frc.	16.375	16.415	16.37	16.41
5%	Prag . . . . . 100 Kr.	12.398	12.418	12.401	12.421
3.5%	Schweiz . . 100 Frc.	80.57	80.73	80.59	80.75
9%	Sofia . . . 100 Leva	3.929	3.035	3.029	3.035
5.5%	Spanien . . 100 Pes.	59.79	59.91	59.91	60.03
4.5%	Stockholm . 100 Kr.	112.13	112.35	112.09	112.31
7.5%	Wien . . . . 100 Kr.	58.84	58.96	58.855	58.975
8%	Budapest . . Pengö	73.01	73.15	73.05	73.19
9%	Warschau . . 100 Zł.	46.95	47.15	46.92	47.11

Züricher Börse vom 15. Juni. (Amtlich.) Warschau 58,25, Newyork 519,975, London 25,21, Paris 20,325, Wien 73,00, Prag 15,385, Italien 27,205, Belgien 72,18, Budapest 90,635, Helsingfors 13,065, Sofia 3,755, Holland 208$^3/_8$, Oslo 138,50, Kopenhagen 138$^1/_2$, Stockholm 139,05, Spanien 74,25, Buenos Aires 2,17$^3/_4$, Tokio 2,385, Bukarest 3,085, Athen 6,725, Berlin 123.96, Belgrad 9.12$^3/_4$, Konstantinopel 2,505. Privatdiskont 5$^1/_4$ pCt. Tägl. Geld 4$^5/_8$ pCt.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,86 Zł., do. kl. Scheine 8.85 Zł., 1 Pfd. Sterling 43,06 Zł., 100 Schweizer Franken 170,83 Zł., 100 franz. Franken 34,73 Zł., 100 deutsche Mark 211,78 Zł., 100 Danziger Gulden 172,10 Zł., tschech. Krone 26,28 Zł., österr. Schilling 124,73 Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 15. Juni. Festverzinsliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Złoty) 53.50 G. 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.) 92.50 G. Notierungen je Stück: 5proz. Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar) 73.00 B. Tendenz behauptet. — Industrieaktien: Bank Zw. Sp. Zar. 78.50 B. Browar Grodz. 64.00 G. Cegielski H. 34.00 G. Tendenz behauptet. G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.

Produktenmarkt.

Berliner Produktenbericht vom 15. Juni. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg., sonst für 100 Kg. in Goldmark: Weizen 212—213. Roggen märk. 184—189. Gerste: Futter- und Industriegerste 176—182. Hafer märk. 178—188.

Weizenmehl 24,00—28,25. Roggenmehl 25,10—27,60. Weizenkleie 11,75—12. Roggenkleie 11,75—12. Viktoriaerbsen 40—48. Kleine Speiseerbsen 28—34. Futtererbsen 21—23. Peluschken 25—26. Ackerbohnen 21—23. Wicken 27—30. Lupinen, blaue 18,50—19,50. Lupinen, gelbe 27—29,00. Serradella, alte —, Serradella, neue — bis —. Rapskuchen 18 50. Leinkuchen 21,30—21,60. Trockenschnitzel 11,25. Soyaschrot 18,40—19,30. Kartoffelflocken 16,90—17,40.

Viehmarkt.

Posener Viehmarkt vom 14. Juni. (Amtlicher Marktbericht der Preisnotierungskommission.)

Es wurden aufgetrieben: 67 Rinder (darunter 2 Ochsen, 14 Bullen, 51 Kühe und Färsen), 300 Schweine, 162 Kälber und 15 Schafe, — Ferkel, zusammen 544 Tiere.

Marktverlauf: Wegen geringen Auftriebs nicht notiert.

Berliner Viehmarkt vom 14. Juni. (Amtlicher Bericht der Preisnotierungskommission.)

Auftrieb: 2220 Rinder, darunter 605 Ochsen, 507 Bullen, 1108 Kühe und Färsen, 2150 Kälber, 10 Schafe, 10 979 Schweine, — Auslandsschweine.

Man zahlte für 1 Pfd. Lebendgewicht in Goldpfennigen:

Rinder: Ochsen: a) vollfl., ausgemästete höchsten Schlachtwerts (jüngere) 58—61, b) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtw. im Alter von 4 bis 7 Jahren 55—57, c) junge, fleischige nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 49—53, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 42—47. Bullen: a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 54—56, b) vollfleischige jüngere höchsten Schlachtwertes 51—53, c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 49—50, d) gering genährte 47—48. Kühe: a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes 45—50, b) sonstige vollfleischige oder ausgem. 37—42, c) fleischige 31—35, d) gering genährte 24—28. Färsen (Kalbinnen): a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwert 54—57, b) vollfleischige 49—52, c) fleischige 43—47. Fresser: 40—47.

Kälber: a) Doppellender feinster Mast —,—, b) feinste Mastkälber 72—80, c) mittlere Mast- u. beste Saugkälber 60—70, d) geringe Mast- und gute Saugkälber 50—58.

Schafe: a) Mastlämmer u. jüngere Masthammel: 1. Weidemast —,—, 2. Stallmast 64—67, b) mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte junge Schafe 60—63, c) fleischiges Schafvieh 50—59, d) gering genährtes Schafvieh 40—48.

Schweine: a) Fettschweine über 3 Ztr. Lebendgewicht —, b) vollfl. von 240—300 Pfd. Lebendgew. 77—78, c) vollfl. von 200 bis 240 Pfd. Lebendgew. 76—77, d) vollfleischige von 160—290 Pfd. 74—76, e) 120—160 Pfd. Lebendgew. 72—73, f) vollfl. unter 120 Pfd. —, g) Sauen 73—74. — Ziegen: —.

Marktverlauf: Bei Rindern ziemlich glatt, bei Kälbern langsam, bei Schafen und Schweinen ruhig.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Nr. 21. Wir kennen zwar ein solches Institut nicht, aber selbst wenn wir es kännten, würden wir es Ihnen nicht mitteilen können, weil wir damit indirekt eine Bürgschaft für seine Zuverlässigkeit übernehmen würden, was für uns nicht angängig ist.

„Heil — Briesen". Wegen der ersten Frage wenden Sie sich am besten an das Deutsche Konsulat in Thorn. Große Hoffnungen auf einen Erfolg können wir Ihnen nicht machen. In der Mietsfrage glauben wir nicht, daß Sie etwas zu riskieren haben. Zur Auflösung des Mietsvertrages bildet allerdings der Umstand einen wichtigen Grund, daß der Mieter mindestens mit zwei Mietsraten im Rückstande ist, aber nach Art. 11, 2a des Mieterschutzgesetzes hört dieser Grund auf, wichtig zu sein, wenn diese Rückstände auf Arbeitslosigkeit oder überhaupt auf außergewöhnliche Not zurückzuführen sind.

„Schulkind in W." Wir haben Ihnen die Fragen bereits in unserer Nummer 129 vom 8. Juni beantwortet. Ausnahmsweise wollen wir Ihnen das betreffende Blatt mit der Auskunft zusenden.

Wilhelm E. in U. pow. Działdowo. Der Gläubiger kann nur 15 Prozent = 857,13 Złoty fordern. (Die 12 000 Mark hatten nur einen Wert von 5 714,20 Złoty) Das Geld war auf 10 Jahre hergegeben, folglich ist es nach Ablauf dieser Zeit fällig, und wenn es der Gläubiger nicht annehmen will, können Sie es für ihn deponieren und ihn auf Löschung klagen. Die Zinszahlung können Sie natürlich mit Ablauf der zehnjährigen Frist einstellen. Die Berufung des Gläubigers darauf, daß er bis 1932 Zeit habe, ist unbegründet. Die Jahreszahl 1932 spielt zur Zeit in der polnischen Aufwertung gar keine Rolle. Auch nach dem reichsdeutschen Gesetz hätte der Gläubiger kein Recht, die Entgegennahme des Geldes zu verweigern, denn dort ist nur bestimmt, daß der Gläubiger eine Hypothek nicht vor dem 1. 1. 32 zurückzufordern kann. Der Schuldner dagegen ist in keiner Weise beschränkt, er kann bei vertragsmäßiger Fälligkeit oder nach ordnungsmäßiger Kündigung zahlen und kann sich bei früherer Zahlung sogar gewisse Prozente abziehen. Doch das nur nebenbei, denn das reichsdeutsche Recht kommt hier nicht in Frage. Wenn in dem Darlehensvertrage nichts anderes vorgesehen ist, gilt der Grundsatz, daß der Betrag am Wohnort des Gläubigers zu zahlen ist, u. zw. trägt die gesamten Kosten, auch die der Löschung, der Schuldner.

D. A. Okole. 1. Wenn die Bretter des Nachbars, die an Ihrem Zaun liegen, sich auf seinem Grund und Boden befinden, können Sie nichts dagegen machen. 2. Die gelblichen 5 Złoty-Scheine werden am 1. Juli aus dem Verkehr gezogen. 3. Arbeiter, die in der Industrie, im Handel, in Speditionsgeschäften usw., also natürlich auch solche, die in Warengeschäften und Bankhäusern beschäftigt sind, haben Anspruch auf Urlaub, u. z. auf einen solchen von 8 Tagen, wenn ihre Arbeit in dem betreffenden Geschäft ohne Unterbrechung 1 Jahr dauert, und einen Urlaub von 15 Tagen, wenn sie ohne Unterbrechung 3 Jahre dauert.

K. Aufwertung 15 Prozent = 1 666,65 Złoty.

J. K., Toruń. 1. Da der jetzige Eigentümer vermutlich nicht persönlicher Schuldner ist, hat er bloß auf 18$^3/_4$ Prozent = 1 562,43 Złoty aufzuwerten. Dazu die Zinsen für die letzten 4 Jahre. Den Zinsenbetrag können wir Ihnen nicht angeben, da wir den Zinsfuß nicht kennen. 2. Im zweiten Falle beträgt die Aufwertung 15 Prozent; die Zinsen werden bis 30. Juni 1924 resp. 31. Dezember 1924, je nachdem das belastete Grundstück ein ländliches ist oder ein Mietshaus, zum Kapital geschlagen, wie dieses in Złoty umgerechnet, mit 15 Prozent aufgewertet und dann zu dem alten Zinsfuß weiter verzinst. Da wir den alten Zinssatz nicht kennen, können wir Ihnen die Beträge nicht angeben. Das aufgewertete Kapital ohne Zinsen beträgt 624,90 Złoty.

„Rätselhaft." Es wäre einfacher gewesen, wenn Sie uns den gerichtlichen Bescheid zur Einsicht zugesandt hätten. Uns erscheint es auch rätselhaft, daß das Gericht dem Gläubiger eine höhere Aufwertung zugesprochen hat, als er selbst verlangte. Aber vielleicht hat er vor Gericht seine Forderung auf 100 Prozent erhöht. Wenn die Sache so liegt, hat der Betrag von 1 552,50 (der übrigens nicht ganz richtig ist — den 18$^3/_4$ Prozent ergeben 1 562,49) nur eine rechnerische Bedeutung; u. z. stellen die 18$^3/_4$ Prozent die dingliche Schuld dar, für die das Grundstück haftet, und der Rest, nämlich 81$^1/_4$ Prozent, entfällt auf die persönliche Haftung des Schuldners. Wenn Sie wirklich zur 100prozentigen Haftung verurteilt sind, dann haben Sie alles in allem ein Kapital von 8 333,33 Złoty zu zahlen. Was die Zinsen anlangt, so hat der Gläubiger auf diese nur für die Zeit Anspruch, wo er die Annahme verweigerte. Die fehlenden Quittungen lassen sich durch Eideszuschiebung resp. Eid ersetzen. Die Zinsen für das 2. Halbjahr 1924 sind verjährt. Für die späteren Zinsen kann er Aufwertung nur verlangen, wenn er sie mit Vorbehalt angenommen hat.

Naive Kritik.

(Von unserem Berichterstatter.)

Zu der von der Warschauer Presse gebrachten kurzen Meldung, daß Reichsaußenminister Stresemann in der Montagsitzung des Völkerbundrats den Dringlichkeitsantrag eingebracht hätte, **die Frage der Liquidierung von Gütern der deutschen Minderheit in Polen** auf die Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung des Rats zu stellen, bringt die aus Staatsmitteln subventionierte Posener **„Gazeta Zachodnia"** (Nr. 106) vom 12. Juni folgenden Kommentar:

„Diese Frage wurde durch eine Beschwerdeschrift ins Rollen gebracht, welche die Abgeordneten Naumann und Graebe in der Frage der angeblichen Liquidierung von Gütern, die im Eigentum von Deutschen polnischer Staatsangehörigkeit stehen, auf dem Gebiet der Wojewodschaften Posen und Pommerellen an den Völkerbund gerichtet hatten. Diese Petition bildet den Gegenstand der Prüfung durch das Dreierkomitee. Ohne die Entscheidung des Komitees abzuwarten, wird Stresemann, wahrscheinlich unter Berufung auf den 11. Absatz des Artikels 12 des Minderheitentraktats, der zum erstenmal im Völkerbund zur Anwendung kommt, sich bemühen, durch Vermittelung der Beschwerdeschrift der Herren Naumann und Graebe, Abgeordneten zum Sejm der Republik, eine Gegenoffensive zu unternehmen, die den politischen Eindruck der Beschwerde des Polenbundes in Deutschland im Zusammenhange mit den Vorgängen in Oppeln schwächen und in Deutschland das Ansehen der deutschen Delegation reparieren würde, die in der gegenwärtig stattfindenden Session des Völkerbundrats zweifellos in der Frage der Revision des gegenwärtig verpflichtenden Minderheitenverfahrens eine Niederlage erleiden wird. Dabei ist zu bemerken, daß in der Frage der Liquidierung von deutschen Gütern der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, von Schubert, Mitglied der deutschen Delegation, persönlich interessiert ist. Herr von Schubert ist der Schwiegersohn einer gewissen Frau von Boddin, einer deutschen Staatsangehörigen, deren Güter Grudki im Kreise Soldau kürzlich liquidiert worden sind.

Die Beschwerdeschrift der Herren Naumann und Graebe zählt 367 Fälle der Liquidierung (darunter 203 nicht abgeschlossene und 164 bestätigte) auf, die angeblich (!) gegen die Rechte der Mitglieder der deutschen Minderheit in Polen, d. h. der Deutschen, die polnische Staatsbürger sind, verstoßen. Wie tendenziös die erwähnte Petition angefertigt wurde ,beweisen folgende Tatsachen:

1. Unter den in der Beschwerdeschrift erwähnten Gütern befindet sich eine sehr große Zahl polnischen Staatsbürgern gehörender Objekte, deren Liquidierung bereits in den Jahren 1925/26 aufgehoben wurde,

2. weiter wurden Güter angeführt, deren Liquidierung vorläufig eingestellt wurde, und zwar mit Rücksicht darauf, daß Zweifel darüber bestanden, ob ihre Besitzer nichtpolnische Staatsangehörige wären,

3. in 75 Fällen gehören die erwähnten Güter deutschen in Polen geborenen Staatsangehörigen. Bei diesen hat Polen in einem mit der deutschen Regierung abgeschlossenen Übereinkommen auf die Durchführung der Liquidierung freiwillig verzichtet, trotzdem wir auf Grund des Artikels 297 des Versailler Traktats ein Anrecht darauf haben.

4. Als charakteristisches Kuriosum ist der in der Beschwerdeschrift erwähnte Fall bemerkenswert, der einen gewissen Kaletka betrifft, einen Masuren, der aus Ostpreußen stammt und nach Polen verzogen war, um, wie er sich in einer amtlichen Eingabe ausdrückte, nicht unter dem preußischen Zepter zu leben und bei dem schon längst das Liquidationsverfahren aufgehoben wurde. Alle anderen Fälle betreffen ausschließlich solche Güter, die deutschen Staatsangehörigen gehören. Die Liquidierung dieser Güter löst keine Zweifel aus und wurde auch von niemand beanstandet.

Die Beschwerdeschrift der Herren Naumann und Graebe und die im Zusammenhange damit eingegangene Aktion Stresemanns ist also nichts anderes als einer der Herde des Kampfes, den das deutsche Volk ständig mit den zweifellosen Rechten Polens führt."

Die dem Regierungslager nahestehende **„Epoka"** sieht in dem Vorstoß Stresemanns die Tendenz von deutscher Seite, einen Druck auf die polnische Regierung auszuüben, um die Liquidierung von Gütern deutscher Bürger, zu der sie auf Grund der Traktate berechtigt ist, aufzuhalten. Die nationaldemokratische **„Gazeta Warszawska"** nennt den deutschen Dringlichkeitsantrag einen „deutschen politischen Terror"!

*

Die offiziöse Polnische Telegraphen-Agentur hat gestern in einem Kommentar zu den Madrider Beschlüssen über den Minderheiten-Bericht mit erfreulicher Deutlichkeit festgestellt, daß das Recht, die Rassen-, Sprachen- und Kultureigenarten zu bewahren, mit der Pflicht der Loyalität gegenüber dem Staat nicht im Widerspruch steht. Damit sind alle üblen Verdächtigungen der polnischen Presse gegenüber den Unterzeichnern der letzten Völkerbundsbeschwerde von amtlicher polnischer Seite zurückgewiesen.

Die übrigen Einwände des Regierungsblattes gegen die Liquidationsbeschwerde sind reichlich naiv. Es sollte uns freuen, wenn die Regierung auf die Liquidation verschiedener Objekte, die in der Klage namhaft aufgeführt wurden, inzwischen verzichtet hat. Es nimmt uns nur wunder, daß dieser Verzicht bisher nicht, wie das üblich und ordnungsmäßig erscheint, im „Monitor Polski" publiziert wurde."

Daß die Fortsetzung der Liquidationsmaßnahmen zeitweilig eingestellt war, hat man auf deutscher Seite niemals bestritten. Aber diese zeitweilige Einstellung hat bekanntlich nach einer offiziellen Mitteilung der polnischen Regierung an die deutsche Gesandtschaft in Warschau ein Ende gefunden, und so haben die ersten neuen Massenliquidationen, die im „Monitor Polski" veröffentlicht wurden, den Anlaß zu der Liquidationsbeschwerde der Abgeordneten Graebe und Naumann gegeben. Wohlgemerkt handelt es sich dabei nur um Eigentümer, deren Staatsangehörigkeit noch strittig ist und die auf ihre polnischen Staatsbürgerrechte begründeten Anspruch erheben. Man beschwerte sich also nicht etwa gegen formal „rechtmäßige" Liquidationen nach dem Versailler Friedensvertrag, sondern gegen Enteignungen, die nach unserer Ansicht selbst nach diesem Traktat nicht zulässig sind.

Die Unterstellung, daß die Liquidationseingabe der deutschen Minderheit in Polen von der Berliner Regierung veranlaßt sei, ist selbstverständlich eine glatte Lüge. Ebenso unwahrhaftig ist der Hinweis auf das persönliche Interesse des Staatssekretärs von Schubert an dieser Eingabe. Selbst wenn Herr von Schubert mit der liquidierten Frau von Boddin verwandt wäre, was wir nicht wissen und nicht annehmen, hätte dieser Liquidationsfall, der in der Völkerbunddenkschrift nicht enthalten ist, nicht den geringsten Einfluß auf die Aktion, die gegenwärtig in Madrid verhandelt wird.

In dem Fall Kaletka, der als „Kuriosum" angeführt wird, handelt es sich gar nicht um den Kaletka selbst, sondern um das Miteigentum seiner Ehefrau, die zweifellos polnische Staatsangehörige ist und in deren Grundstück der treffliche Kaletka wahrscheinlich weniger aus patriotischen als aus wirtschaftlichen Gründen eingeheiratet hat.

Was Recht ist, soll Recht bleiben; aber aus Unrecht machen selbst die Akrobatenkunststücke der „Gaz. Zachodnia" kein Recht.

Preußens Vertrag mit der Kurie.

Der Inhalt des Staatsvertrages zwischen Preußen und der Kurie — das Wort Konkordat ist in ihm nicht enthalten — erstreckt sich auf folgende Punkte:

Es werden zunächst die Verhältnisse in der Organisation der Kirchenverwaltung geregelt, soweit eine Neuordnung durch Wachstum der Bevölkerung und ähnliche Umstände erforderlich geworden ist. Die Bistümer Paderborn und Breslau werden zu Erzbistümern erweitert. Neue Bischofssitze werden in Aachen und in Berlin, das bisher einen Weihebischof hatte, errichtet. Das Bistum wird damit begründet, daß in Berlin jetzt über 500 000 Katholiken wohnen. In Schneidemühl wird für die derzeit von einem Apostolischen Administrator verwalteten westlichen Restgebiete des Erzbistums (Gnesen-) Posen und des Bistums Culm eine Praelatura nullius errichtet. Das zurzeit vom Bischof von Ermland als Apostolischem Administrator mitverwaltete, früher zur Diözese Culm gehörige Gebiet von Pomesanien wird mit dem Bistum Ermland vereinigt. Die Bistümer Ermland und Berlin und die Prälatur Schneidemühl werden zusammen mit dem Erzbistum Breslau die Breslauer Kirchenprovinz bilden.

Weiter geregelt wird die Ernennung der Bischöfe. In Deutschland vollzieht sich die Bischofswahl unter Mitwirkung der Domkapitel, während sonst in der ganzen Welt die Beschöfe vom Papst ernannt werden. Gegenüber der Reichsverfassung, die ja die Kirchen in ihrer inneren Verwaltung völlig freistellt, sichert der Staatsvertrag dem preußischen Staat ein gewisses Aufsichtsrecht. Danach wird sich die Bischofswahl in Zukunft folgendermaßen vollziehen: Das Domkapitel reicht beim päpstlichen Stuhl eine Liste ein, aus der der Papst drei Bewerber auswählt. Von diesen dreien wählt das Domkapitel einen zum Bischof. Die päpstliche Bestätigung der Wahl erfolgt aber erst dann, nachdem die preußische Staatsregierung erklärt hat, daß politische Bedenken gegen die Gewählten nicht bestehen. Andernfalls unterbleibt die Bestätigung. Das gleiche gilt von der Wahl der Bischofsstellvertreter.

Weiter regelt der Vertrag die Voraussetzungen über die Bestellbarkeit zum geistlichen Amt. Auch hier hat die Reichsverfassung dem Staate die Möglichkeit eines Einflusses im Grunde entzogen. Durch den Vertrag ist jedoch festgestellt, daß Voraussetzungen zum geistlichen Amt sind: Deutsche Staatsangehörigkeit, Reifezeugnis und dreijähriges Studium an einer deutschen oder österreichischen Universität oder einem gleichgestellten Seminar. Neu gegenüber dem bisherigen Zustand ist, daß die päpstliche Hochschule in Rom als Bildungsstätte den genannten Anstalten gleichgestellt wird.

Von besonderer Bedeutung ist die Regelung der Dotationen. Nach dem Vertrag von 1821 hat die katholische Kirche immer noch einen sehr weitgehenden Rechtsanspruch auf sogenannte Realdotationen in der Form von Domänen, Grundstücken usw. Dieser Anspruch ist bis heute nicht erfüllt worden. Die Kirche verzichtet jetzt endgültig auf ihn. Dafür wird die bisherige Gelddotation, die ursprünglich 1,4 Millionen Mark, in den letzten Jahren 1,8 Millionen Mark jährlich betrug, auf Grund des gesunkenen Geldwertes auf 2,8 Millionen Mark erhöht. Für die in Artikel 134 der Reichsverfassung vorgesehene Ablösung der Dotation kommt jedoch nur der frühere (niedrigere) Wert in Frage.

Außer den genannten Bestimmungen sind irgendwelche Bestimmungen von Bedeutung in den Vertrag nicht aufgenommen. Insbesondere enthält der Vertrag keinerlei Bestimmung über die Schule, auch nicht in irgendwelcher indirekten Form. Das staatliche Hoheitsrecht auf dem Gebiete des Schulwesens wird also in keiner Weise angetastet. Ebenso enthält der Vertrag — entgegen gerüchtweisen Behauptungen — keinerlei Festlegung der Pfarrerbesoldung. Schließlich enthält der Vertrag auch keinerlei Bestimmungen über die Ordens-Geistlichkeit.

Die Bevölkerung Chinas.

Die Volkszählungen in China können naturgemäß keinen Anspruch auf Genauigkeit machen, sondern stellen mehr Schätzungen dar, die freilich durch Wiederholungen und Einzelzählungen kontrolliert werden.

Nach der Zählung von 1910, die für einzelne Provinzen durch genauere Zählungen kontrolliert worden ist, gab es mit Einschluß der Mandschurei 385 Millionen Menschen in China. Diese Zahl entspricht roh den Angaben des „ständigen Komitees" für 1919.

Die Zahlen des Komitees wohl die genauesten, die man überhaupt hat, werden durch Angaben der Missionare und der Zählungen der chinesischen Post kontrolliert. Das Ergebnis sind für das Jahr 1923 etwa 447 Millionen, also ein Wachstum von 1,7 Prozent pro Jahr seit 1910. Mithin steht China in bezug auf die Volksvermehrung hinter Südafrika und Bulgarien zurück.

Für das Jahr 1928 gibt die Post eine Menschenmenge von 485 Millionen an und rechnet mit einer jährlichen Zunahme von 1,4 Prozent. Hinzu kämen noch 7 Millionen für Tibet, Hsin-tschian und die Außeßre Mongolei. Wir hätten mithin eine Bevölkerung in China von 492 Millionen gegenüber rund 480 Millionen im Gesamteuropa.

Was nun die Dichte der Bevölkerung anbelangt, so steht die Provinz Kiangsu mit 920 Menschen auf die Quadratmeile an erster Stelle. Ihm folgen Tsche-Kiang mit 652 Menschen pro Quadratmeile und Schantung (Bevölkerung 34 Millionen) mit 614 Menschen pro Quadratmeile. Die beiden erstgenannten Provinzen sind nicht nur die bevölkertsten Chinas, sondern der ganzen Erde. Nicht so dicht bevölkert sind Honan (519), Hunan (485), Hupeh (400), Kiangsi (396) usw.

Während in Nordchina die Bevölkerung nur sehr langsam zunimmt, — seit 1885 weniger als 0,006 Prozent jährlich — zeigt Zentralchina, die Yangsee-Provinzen, eine stärkere Zunahme. Im Südwesten wächst die Bevölkerung um 1 bis 2 Prozent jährlich. In der inneren Mongolei und Mandschurei steigt die Bevölkerungszahl nicht nur durch Geburtenzuwachs, sondern auch durch eine starke Einwanderung.

Die Kochkönigin.

Vom Reichswettkochen in Berlin.

Also das Kochen ist nun auch modern geworden. Es gehörte schon lange nicht mehr zum guten Ton, von ihm zu sprechen. Schon lange ist ja der Vorschlag gemacht worden, statt der bisherigen Nahrung Tabletten zu benutzen, die den gleichen Nährwert haben. Die verminderte Kautätigkeit sollte durch Fletschern, d. h. durch möglichst langes Herumkauen auf der Tablette ersetzt werden. Aber mit dem Umschwung von der schlanken zur vollschlanken Linie ist auch eine Wandlung in dem Interesse für die Küche verbunden. Die Nährtabletten sind nur solange aktuell, wie man an Kalorien spart. Jetzt aber, da man sich wieder sattessen darf, da man außer der Speisenkarte nur noch auf seinen Geldbeutel Rücksicht zu nehmen hat und nicht auf jene fürchterlichen Tabellen, die uns mit dem Kaloriengehalt das Essen vergällten, wollen wir wissen, wer am besten für die Bedürfnisse unseres Magens zu sorgen versteht.

Auf Grund des in Berlin veranstalteten Reichswettkochens werden wir die Palme Frau Geißler-Berlin zuerkennen müssen, die in 45 Minuten, mit dreimal fünf Minuten Zwangspause, am schnellsten folgendes vorgeschriebene Menu herrichtete: Die vollbrachte Leistung besteht aus: 1½ Liter Kaffeewasser zum Sieden gebracht; einer Mittagsmahlzeit, bestehend aus 1½ Liter Reissuppe, einem Pfund Kalbsbraten, 2 Pfund Kartoffeln, 1½ Pfund Mohrrüben und ½ Pfund Aprikosen zubereitet, 3 Liter Spülwasser auf 70 Grad erhitzt ,noch einmal 1½ Liter Kaffeewasser zum Sieden gebracht und außerdem noch 1½ Liter Teewasser zubereitet.

Diese Leistung, für die die Hausfrauen mehr Verständnis haben werden als der Hausherr, brachte der Glücklichen 3000 Mark ein, den ausgesetzten Preis. Berlin triumphierte besonders, da ihm in punkto Kochen nicht gerade der beste Ruf zukommt. Aber auch die zweite Siegerin stammt aus der Reichshauptstadt: Frau Jacobitz, Dritte wurde Frau Feurer, Frankfurt a/Main. Im ganzen waren 7000 Mark zu gewinnen, die die hocherfreuten Siegerinnen voraussichtlich zur Verbesserung des Wochenküchenzettels benutzen dürften.

Das Reichswettkochen hatte eine überraschende Anziehungskraft ausgeübt, eine viel größere, als die Veranstalter erwartet hatten. Nach vorsichtigster Schätzung drängten sich im Clou, Berlin, wo die Veranstaltung vor sich ging, 3000 Gäste, die sich die Hälse danach ausrenkten, die Wettkämpferinnen am Herde tätig zu sehen. Wer in den hinteren Reihen stand, dürfte allerdings zur Verbesserung seiner Kochkenntnisse keine Gelegenheit gehabt haben. Gepunktet wurde nach einem überaus komplizierten System, wobei auch der Gasverbrauch eine große Rolle spielte. Welche Zeitunterschiede möglich sind, zeigt schon die Differenz zwischen der Ersten und der Zweiten, und Frau Geißler konnte ihre Konkurrentin um volle drei Minuten schlagen.

Um die Beteiligung ist in allen Städten des Reiches am Kochtopf durch die Zubereitung von Mahlzeiten heftig gekämpft worden. So traten denn auch zur Entscheidung in Berlin 45 Damen an, bereit, den Geschwindigkeitsrekord bei kleinstem Gasverbrauch aufzustellen. Ein vollständiges Tagesprogramm: Frühstück, Mittagessen, Nachmittagskaffee und Abendbrot — war fertigzustellen. Veranstalter des so gelungenen Hausfrauentreffens waren die Gaswerke, die die Verwendung von Gas in der Küche propagieren wollten und auch eine großen Erfolg mit dem Wettkochen erzielt haben. Nach dem Erfolg des ersten Jahres ist damit zu rechnen, daß die Wahl der Königin der Küche zu einer ständigen Einrichtung wird.

A. B.

Rundschau des Staatsbürgers.

Unterstützungsgelder für Familien eingezogener Reservisten.

Mit dem 15. Juni d. J. beginnt die Auszahlung von Unterstützungsbeiträgen an Familien jener Reservisten, die in diesem Jahre zur gesetzmäßigen Militärübung eingezogen wurden. Der tägliche Geldbetrag für Familien, die unterstützungsberechtigt sind, beläuft sich: 1. für eine Person 60 Groschen, 2. für zwei Personen 70 Groschen, 3. für drei Personen 80 Groschen. Die Anmeldung zum Empfang der Unterstützung hat mündlich beim betreffenden Magistrat bzw. Wojtamt zu erfolgen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 17. Juni.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet leicht wolkiges bis heiteres Wetter bei wenig veränderten Temperaturen an.

Berufsstatistik.

Das Statistische Hauptamt in Warschau hat nunmehr die Zusammenstellung über die Berufstätigkeit und die Einnahmequellen der Bevölkerung Polens beendet und in seinem Organ, dem „Rocznik Statystyczny" (statistisches Jahrbuch) veröffentlicht. Nach der erwähnten Statistik sind auf etwa 30 Millionen Einwohner Polens 13 917 060 Personen berufstätig. Prozentual macht das ungefähr 47 vom Hundert. Unter den Berufstätigen gibt es 7 733 347 Männer und 6 183 813 Frauen; es entfallen also auf 10 berufstätige Männer etwa 8 Frauen. Die größte Zahl der Arbeitenden steht im Alter zwischen 20 und 29 Jahren, und zwar sind es 3,5 Millionen. In den Lebensjahren zwischen 14 und 19 arbeiten ungefähr 3 Millionen Personen und zwischen dem 30. und 39. Lebensjahre 2,5 Millionen. Besonders charakteristisch für unsere Verhältnisse ist die Zahl der beruflich arbeitenden Kinder unter vierzehn Jahren. Diese Rubrik umfaßt über eine halbe Million. Ebenso haben wir in Polen 1 200 000 Personen im Alter von über 60 Jahren, die gezwungen sind, ihr tägliches Brot in den verschiedenen Berufen zu verdienen.

Wie richtig die Behauptung ist, Polen sei ein ausgesprochener Agrarstaat, geht aus der Zahl der in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen hervor. Von den erwähnten fast 14 Millionen Berufstätigen in Polen arbeiten über 10 Millionen Personen in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau, Viehzucht usw. An zweiter Stelle stehen die im Handel beschäftigten Angestellten mit etwa 400 000. Im öffentlichen Dienst, d. h. im Staats- und Kommunaldienst, stehen 136 000 Personen. Wissenschaft, Literatur, Kunst, Theater, Musik, Schaustellungen, Zirkus und Kabarett sowie Sport bieten nur etwa 12 000 Personen beiderlei Geschlechts Lebensunterhalt.

Auffallend gering ist die Zahl der selbständigen Arbeiter, d. h. Handwerker, Gewerbetreibende usw. Die entsprechende Rubrik verzeichnet hier nur 3 500 000 Personen.

Eine besondere Erwähnung verdient auch die Rubrik derjenigen Personen, die nicht zu arbeiten brauchen. Darunter fallen Kapitalisten, Rentner, Pensionäre usw. Die Zahl derselben ist für unsere Verhältnisse kennzeichnend, wir sind ein armes Land. Auf 30 Millionen polnischer Bürger können nur 250 000 ohne Arbeit ihr Leben fristen. Diese Zahl wird um so charakteristischer, wenn man bedenkt, daß in dieser Zahl 100 000 Staats- und Privatpensionäre einbegriffen sind. Vom eigenen Kapital bzw. von dessen Zinsen leben nur 60 000 Personen, d. h. nur 0,2 Prozent, oder anders gesagt auf je 1000 Personen nur 2.

In der Schlußfolgerung aus diesen Angaben ist festzustellen, daß in Polen entschieden zu viel Kinder und Frauen beruflich arbeiten. Dasselbe bezieht sich auch auf Personen im Alter von über 60 Jahren, die eigentlich nach der Arbeit ihres Lebens ausruhen sollten. Wenn man diesen Zustand mit den Verhältnissen im Auslande vergleicht, so fällt die Parallele durchweg zu Ungunsten Polens aus.

---

§ **Die nächste Stadtverordnetensitzung** findet am 20. Juni d. J. um 6½ Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen nur fünf Punkte, die in der letzten Sitzung zur Vertagung gekommen waren, wie das Statut des Literaturpreises der Stadt Bromberg, das Statut der Gasanstalt, die Erhebung des Elektrizitätswerkes, der Gasanstalt und des Schlachthofes zu „Kommunal-Unternehmungen", wodurch die Angestellten dieser Betriebe dem Besoldungsetat der Magistratsbeamten entzogen werden und schließlich die Angelegenheit der Neubauten, die nicht die Fluchtlinien der Straßen innehalten.

§ **Die Sparbewegung.** Das Innenministerium bearbeitet gegenwärtig eine interessante Statistik, die den Stand der Kommunalsparkassen in Polen sowie der Gemeindedarlehnskassen in den Zentral- und Ostwojewodschaften bis Ende des Jahres 1928 umfaßt. Aus der Zusammenstellung der Einlagen und Anleihen ist zu ersehen, daß die Summe der Einlagen allein in den Sparkassenbüchern bei den Kommunalsparkassen 245 256 062 Złoty betrug. Die Zahl der Sparer stieg im Jahre 1928 um 41 832 Personen. Die Durchschnittssumme der Einlagen auf einen Sparkassenbuchbesitzer betrug am 31. Dezember 1928 349,45 Złoty gegen 241 Złoty am 31. Dezember 1927. Bis zum 31. Dezember 1928 wurden Kredite in Höhe von 368 500 000 Złoty erteilt, gegen 211 700 000 Złoty am 31. Dezember 1927.

§ **Einziehung der alten Banknoten.** Die Bank Polski erinnert daran, daß die aus dem Verkehr gezogenen 10-, 20- und 50-Złotyscheine mit dem Datum vom 28. Februar 1919 und 15. Juli 1924 mit dem 31. Juli 1929 jedweden Geldwert verlieren. Der Eintausch der erwähnten Banknoten erfolgt ausschließlich nur noch in der Zentrale der Bank Polski in Warschau, und zwar lediglich bis zum 31. Juli d. J.

§ **Ermäßigungen für Flugkarten.** Bei Benutzung der Verkehrsflugzeuge zum Besuche der Posener Landesausstellung wird eine 25prozentige Ermäßigung sowohl für den Hin- wie Rückflug gewährt. Von allgemeinem Interesse dürfte ferner sein, welche sonstigen Ermäßigungen die Fluggesellschaft „Lot" gewährt: 75 Prozent bei Dienstreisen der Offiziere, Staatsbeamten und Stadtverordneten derjenigen Städte, die der Gesellschaft beigetreten sind; (Bromberg hat bekanntlich zwei Anteile in Höhe von 160 000 Złoty erworben.) 50 Prozent Senatoren und Abgeordneten, den Angehörigen des diplomatischen Korps, Staatsbeamten und Offizieren, Stadtverordneten der Städte, die der Gesellschaft beigetreten sind, Beamten des Aerodynamischen und des Chemischen Instituts.

§ **Bromberger Postverkehr.** Im Monat Mai wurden in den Postämtern der Stadt Bromberg aufgegeben: 1 492 539 gewöhnliche, 42 921 eingeschriebene und 658 Wertbriefe, 14 541 einfache und 627 Wertpakete, 3573 Nachnahmesendungen, 2188 Postaufträge, 13 704 Postüberweisungen auf eine Summe von 1 457 895 Złoty, 10 414 Anweisungen für die Postsparkasse über eine Summe von 5 033 023 Złoty, 940 638 Zeitungen und 7260 Telegramme. Im Berichtsmonat gingen in Bromberg ein: 842 107 gewöhnliche, 32 971 eingeschriebene und 796 Wertbriefe, 12 299 einfache und 2435 Wertpakete, 2122 Nachnahmesendungen, 918 Postaufträge,, 20 274 Postüberweisungen auf eine Summe von 2 237 537 Złoty, 5214 Anweisungen auf die Postsparkasse über eine Summe von 693 839, 121 342 Zeitungen und 7308 Telegramme. Telephon-Ortsgespräche wurden im Mai 1 436 086 und Ferngespräche 49 344 geführt.

§ **Neue Haltestellen-Tafeln** hat die Straßenbahn anbringen lassen und dabei auch einige Haltestellen verlegt. Bei der Verlegung wurde zum Prinzip gemacht, daß die Straßenbahnwagen nicht über die Querstraße, an der sie halten sollen, hinwegfahren und dann halten, sondern bereits vor der betreffenden Straße Station machen. Eine Einrichtung, die zweifellos ihre Vorteile hat. Die neuen Tafeln, die die Haltestellen kennzeichnen, sind nicht wie bisher über die Straßenmitte an den Drähten angebracht, sondern an eisernen Pfählen neben dem Bürgersteig, wo sie auch besser für die Fußgänger zu sehen sind.

§ **Schaufensterdiebstahl.** In der Nacht zum 16. d. M. zertrümmerten unbekannt entkommene Täter die Schaufensterscheibe des Geschäfts der Frau Margarete Góralska, Kornmarktstraße (Szpitalna) 8 und raubten für etwa 1000 Złoty verschiedene Weiß- und Kurzwaren.

§ **Festgenommen** wurden im Laufe des gestrigen Tages vier Personen wegen Diebstahls, vier wegen Trunkenheit, eine gesuchte Person und acht wegen Überschreitung der sitten-polizeilichen Vorschriften.

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

* * *

* **Aus dem Kreise Bromberg**, 17. Juni. Einbrecher drangen in der Nacht zum vergangenen Sonnabend in die Räume des Gastwirts Max Weber in Lipniki ein. Sie stahlen verschiedene Getränke und Zigaretten im Werte von 500 Złoty. Außerdem fiel ihnen enine eiserne Kassette in die Hände, in der sich u. a. ein Wechsel über 200 Złoty, der auf den Namen des Bestohlenen lautete und vor dessen Annahme die Polizei warnt. Personen, die diesen Wechsel anbieten, sind unverzüglich dem nächsten Polizeiposten zu übergeben.

wz. **Fordon**, 14. Juni. Auf dem letzten Wochenmarkte war die Zufuhr von Butter und Eiern ausreichend. Auch frisches Gemüse war genügend vorhanden. Butter kostete das Pfund 2,30—2.50, Eier die Mandel 2.40—2.50, Gurken 1.50, Spargel 1.50, Rhabarbar 0.30, frische Mohrrüben 0.50 das Bundchen, Radieschen 0.20, Backobst 1.00—1.10, Apfelsinen 0.70—0.80, Zitronen 0.20, Hühner 4.00—5.00, Kartoffeln preisten je nach Qualität zwischen 3.50—4.00 Złoty pro Zentner. — Diebe suchten das Geschäft der Frau Kadow heim und leerten die Räucherkammer vollständig aus. Nicht weniger als 13 geräucherte Schinken fielen den Dieben in die Hände. Sofort aufgenommene Nachforschungen durch Polizeihund und Kriminalbeamte hatten keinen Erfolg. — Auf dem Rückweg vom Bahnhof scheute das Pferd des Besitzers Hagen aus Palsch. Das Pferd raste der Stadt zu. Hier schlug der Wagen an einen Baum, sodaß ein Rad zerbrach und die Insassen im Bogen auf das Straßenpflaster flogen. Während Hagen mit geringen Verletzungen davonkam, blieb der Gerichtsvollzieher Kowalski längere Zeit besinnungslos liegen. K. wurde dann von vorübergehenden Arbeitern in ein Haus geschafft. Der sofort hinzugezogene Arzt Dr. Bukfakowski, stellte Zertrümmerung des Nasenbeins fest. Nach Anlegung eines Verbandes wurde K. mittels Auto nach Bromberg geschafft.

* **Penchowo**, 15. Juni. Eine Notlandung wegen Motordefekts unternahm am Donnerstag auf dem Gelände des Landwirts Emil Weiß ein Militärflugzeug. Der Pilot hat die Landung glatt durchgeführt. Nachdem ihm Hilfe aus Thorn zuteil geworden war, stieg das Flugzeug wieder auf und flog, nachdem es über dem Dorfe einige Schleifen geflogen hatte, nach Thorn weiter.

* **Inowroclaw**, 16. Juni. Brände. Am 9. d. M., gegen 1 Uhr mittags, brach auf dem Gehöft des Besitzers Jan Policki in Słońsk ein Brand aus, durch den eine Scheune nebst den darin befindlichen landwirtschaftlichen Geräten im Werte von ca. 5 000 Złoty eingeäschert wurde. Der Brand entstand durch aus dem Schornstein sprühende Funken. — Ein zweites Feuer entstand am 13. d. M. im Dorfe Przybyslaw auf dem Gehöft des Besitzers Jozef Polacki. Hier wurden gleichfalls eine Scheune mit dem darin befindlichen toten Inventar vernichtet. Der Schaden beläuft sich auf ca. 7000 Złoty, während die Versicherung nur 3500 Złoty beträgt. Hier konnte die Ursache des Feuers noch nicht festgestellt werden.

* **Posen** (Poznań), 15. Juni. Konferenz der evangelischen Diakonissenhäuser. Vom 3.—6. Juni tagte im Posener Diakonissenhaus die 6. Konferenz der evangelischen Diakonissenhäuser Polens. Vertreten waren alle Diakonissenhäuser, die in Polen bestehen, nämlich: Bielitz, Dzingelau, Lodz, Posen, Stanislau, Vandsburg, Warschau, Wolfskirch. Es wurden dabei grundsätzlich und hauptsächlich Fragen der Diakonissenarbeit besprochen. Die Hauptreferate waren: „Das Gebetsleben unserer Schwestern" (Pastor Sarowy-Posen), „Wie erhalten wir unsere Schwestern leistungsfähig" (Schwester Else Bunz-Lodz) und „Die Gemeinschaft des Geistes zwischen den Schwestern der verschiedenen Mutterhäuser" (Pastor Mund-Vandsburg). Durch diese Zusammenkunft wurde das Band der evangelischen Kirchen Polens deutscher und polnischer Zunge wiederum enger geknüpft.

* **Posen** (Poznań), 15. Juni. Zur Steuerung der Wohnungsnot hat der Magistrat das Gebäude der Fabrik „Pneumatyk" in Solatsch erworben und darin 130 Wohnungen für die Ärmsten geschaffen, die bereits sämtlich vermietet sind. — Bei der gestrigen „Carmen"-Aufführung in der Oper ereignete sich am Schluß des dritten Aktes ein Unfall. Die als Gast auftretende Russin Klaudja Korniakowa hatte im Spiel von Herrn Czarnecki einen Dolch zu ergreifen. Da sie kleinen Wuchses ist, bemerkte sie nicht das hervorstehende Ende des Dolches und fuhr mit dem Auge mit aller Wucht in den Dolch hinein. Dabei schnitt sie sich das Augenlid auf. Unter dem Publikum entstand eine Panik, so daß die Vorstellung unterbrochen werden mußte. Die verletzte Sängerin wurde vom Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht, wo man sofort eine Operation vornahm. Die Befürchtung des Augenverlustes hat sich als unbegründet erwiesen. Übrigens hatte sich Herr Czarnecki in demselben Akte den Fuß verstaucht, konnte aber seine Partie zu Ende singen.

„00" Debenke (Dębionek), Kreis Wirsitz, 14. Juni. Feuer. Donnerstag Nacht braunte im Nachbardorf Hermannsdorf die Feldscheune des Gutsbesitzers Butzke. Es sind ungefähr 100 Zentner Stroh verbrannt. Die Ursache ist noch nicht festgestellt. Die Scheune war erst vor kurzer Zeit errichtet worden.

ꝏ **Pudewitz** (Pobiedziska), 16. Juni. Dem Gutsbesitzer Kautz in Biskupitz bei Pudewitz wurden 10 Zentner Roggen vom Speicher gestohlen. Von den Dieben ist bis jetzt nichts ermittelt. — In Dominium Golun bei Pudewitz ist durch schadhaften Schornstein ein Vier-Familienhaus durch Feuer vernichtet worden. Da das Haus mit Stroh gedeckt war, konnten die Leute nur wenig von ihrem Hausrat retten.

* **Rawitsch** (Rawicz), 15. Juni. In Pawłowo fiel beim Baumfällen ein schwerer Baum auf den 34jährigen Antoni Majchrzak aus Dlugolęka, Kreis Krotoschin. Dieser starb am nächsten Tage an den schweren Verletzungen.

* **Radlowo**, 15. Juni. Selbstmord durch Erschießen verübte am vergangenen Donnerstag ein Besitzer, der sich in der ganzen Gegend allgemeiner Wertschätzung erfreute. Die Ursache des Selbstmordes soll auf eheliche Zwistigkeiten zurückzuführen sein. Auf die Nachricht von dem Selbstmord ihres Gatten versuchte seine Frau, die auf dem Felde beschäftigt war ,sich gleichfalls das Leben zu nehmen, indem sie sich in den in der Nähe befindlichen Brunnen zu stürzen versuchte. Nur mit großer Mühe gelang es, die Unglückliche an diesem Vorhaben zu hindern.

* **Storchnest**, 16. Juni. Einen schweren Unfall erlitt der Landwirt Kusnereck aus Poppen. K. kaufte hier ein Pferd und setzte sich auf dem Nachhausewege auf ein Fahrrad, nachdem er das Pferd mit einem kurzen Strick an seiner Hand festgebunden hatte. In der Nähe von Retschke kam dem seltsamen Paar ein Auto entgegen. Das Pferd scheute und zog den Mann vom Rade, wobei er mehrere Rippenbrüche davontrug. Einige Rippenstücke drangen dem Verunglückten durch den Sturz in die Lunge. Nach dem ärztlichen Gutachten wird an seinem Aufkommen gezweifelt.

* **Gostyn**, 14. Juni. Frecher Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 13. Juni haben Diebe bei dem Kaufmann Stanislaw Kochowicz am Markt eingebrochen und Waren im Werte von 20 000 Złoty geraubt. Von der Hinterstraße durch den Hof sind die Ballen bester Stoffe und Seiden auf ein Auto verladen und fortgeschafft worden. Am frühen Morgen griff bald die Polizei ein, welche Ermittlungen anstellte, jedoch die Täter bisher nicht feststellen konnte.

* **Adelnau** (Odolanów), 14. Juni. Eine Stadt, in der niemand Bürgermeister sein will. Nachdem im vorigen Jahre der Bürgermeister Mazurkiewicz seine Pensionierung beantragt hatte, hat vor einiger Zeit der neugewählte Bürgermeister Kłos wegen Schwierigkeiten, die er mit den städtischen Körperschaften hatte, freiwillig auf sein Amt verzichtet. Die Geschäfte der Stadt führt z. Z. der Kreisarzt Dr. Augustowicz, der erst vor wenigen Jahren aus Kongreßpolen hier zugewandert ist. Bald darauf wurde der bisherige Stadtsekretär Rudnicki vom Magistrat seiner Stellung enthoben, wie es heißt, wegen Mängel in der Geschäftsführung.

Die französischen Ozeanflieger in Paris.

Paris, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Gelbe Vogel" ist am Sonntag morgen in Spanien gestartet und gegen Mittag in Le Bourget, dem Flugplatz von Paris, gelandet. Die Flieger erklärten nach der Landung, daß sie während des ganzen Fluges von Amerika nach Europa vorzügliches Wetter gehabt hätten. Zur Landung an der spanischen Küste seien sie nicht durch Benzinmangel, sondern durch das schlechte Arbeiten der Maschine gezwungen worden.

Der blinde Passagier entpuppte sich als ein junger Amerikaner namens Arthur Schreiber, der sich vor dem Abflug im Apparat versteckt und so den Flug nach Europa mitgemacht hat. Die Teilnahme des jungen Schreiber zwang die Flieger, etwas Benzin auszuleeren, um das Flugzeug die nötige Höhe erreichen zu lassen.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 17. Juni.

Krakau + 2,29, Zawichost + 1,48, Warschau + 1,60, Plock + 1,10, Thorn + 1,30, Fordon + 1,37, Culm + 1,27, Graudenz + 1,77, Kurzebrak + 1,83, Pickel + 1,12, Dirschau + 1,21, Einlage + 2,30, Schiewenhorst + 2,44.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: i. V. Marian Hepke; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 136

Heute: „Illustrierte Weltschau" Nr. 24

Ihre Verlobung geben bekannt:

Frieda Petzke
Herbert Herrmann

Szynych, im Juni 1929. 8150

Nachruf.

Gott, der Herr über Leben und Tod, rief am 12. Juni ziemlich unerwartet, und doch in seiner Liebe zu sich heim den Kirchenältesten aus der Kirchengemeinde Klein Dreidorf

Friedrich Fischer

im 72. Lebensjahre.

Einer Seiner Getreuen ist im hehren Glauben an Seinen Heiland heimgegangen. Das Gedächtnis des Heimgegangenen wird sowohl in der Kirchengemeinde wie in der Parochie in treuer Erinnerung bleiben.

Der Gemeindekirchenrat
Weinert, Pf.

Klein Dreidorf, den 14. Juni 1929. 8143

Für die herzliche Teilnahme, sowie überaus vielen Kranzspenden beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir hiermit allen Freunden u. Bekannten, insbesondere Herrn Pfarrer Sichtermann für die trostreichen Worte, sowie dem M.-G.-V. „Kornblume" für seinen erhebenden Gesang unseren 3540

herzlichsten Dank

Otto Porsch
Elsa u. Gerhard Porsch.

Bydgoszcz-Okole, den 15. 6. 29.

Bydgoszcz. Tel. 18—01

Dr. v. Behrens
bearbeitet allerlei Verträge, Testamente, Erbsch. Auflassungen, Hypothekenlöschung., Gerichts- u. Steuerangelegenheiten.

Promenada nr. 3, beim Schlachthaus.

Chicke und gutsitzende **Damen-Toiletten** w. z. solid. Preis. gefertigt
Jagiellońska 44, I.

Plissierformen zu verkaufen; **Kleider** werden auf französisch. Maschinen **plissiert; Hohlsaum** wird angefertigt u. **Knöpfe** mit Umwicklung bezogen Warszawa, Twarda 24, **Keller.** Per Post zurückgesandt. 7995

Fotografien zu staunend billigen Preisen 7373
Passbilder sofort mitzunehmen
nur Gdańska 19.
Inh. A. Rüdiger. **Tel. 120.**

Hypotheken

reguliert mit gutem Erfolg im In- und Auslande

St. Banaszak,
Rechtsbeistand
Bydgoszcz, 7368
ulica Cieszkowskiego (Moltkestr.) 2.
Telephon 1304.
Langjährige Praxis.

Klavierstimmungen und **Reparaturen,** sachgemäß und billig, liefere auch **gute Musik** zu Hochzeiten, Gesellschaften und Vereinsvergnügungen. 1140
Paul Wicherek,
Klavierspieler, Klavierstimmer,
Grodzka 16
Ecke Brückenstr. Tel. 273

Mittage
3 Gänge, 1.10 empfiehlt
Pomorzanka Pomorska 47

FAMILIEN-DRUCKSACHEN
ALLER ART, LIEFERT SCHNELLSTENS
A. DITTMANN T. Z O. P.
BYDGOSZCZ
JAGIELLOŃSKA 16

Reparaturen an Wasserleitungen
Patentschlössern, Jalousien u. and. Sach. führt aus.
Sienkiewicza 8, 2 Tr. r.

Geldmarkt

Hypothek. Auf meine Geschäfts- und Wohnhäuser in Grudziądz, 3-go maja 23/24 und Sienkiewicza 2, Eckgrundstück in Hauptverkehrslage, suche ich hinter 18000 zł eine zweite Hypothek von **15-18000 zł** oder eine Alleinhypothek von 36000 zł. 8151
Robert Thomaschewski, früh. Thomaschewski & Schwarz. **Grudziądz.** 3-go maja 24.

15000 zł
gesucht zur 1. Hypothek auf Landwirtschaft, Wert 70000 zł, gezahlt werden 15% u. Lebensmittel. Hypothek kann in Dollar eingetragen werden. Off. u. D. 3513 a. d. G. d. Zeitg. erbet.

Offene Stellen

Für ein 340 Morg. gr. Gut in Deutschland suche mitarbeit. **Wirtschaftsgehilfen** (Landwirtsohn) b. gt. Gehalt. Angb. u. O. 3473 an die **Geschäftsstelle d. Zeitg.**

Zeichnungen und **Stoffmalereien, Stickereien** in bunt und weiß, **Anfertigung von Wäsche** f. D. u. H., **Hohlsaum, Knopflöcher, Monogr.** in bester Ausführg. bei
Frau M. Gessler,
Promenada 1. 3015

Evangelischer
Beamter
für 800 Morg. großes Gut, unter Leitung des Besitzers, gesucht. Angebote u. C. 8126 an die Geschäftsst. der „Deutsch. Rundschau", Bydgoszcz, ul. Dworcowa 6.

Ein jüngerer
Wirtschaftsgehilfe
zum 15. Juli nach dem Freistaat Danzig gesucht. Schriftl. Meld. unter J. 8165 an die Geschst. d. Zeitg. erbet.

Für Hauptgut wird p. sofort oder 1. Juli ein energischer 8179
Feldbeamter
mögl. Radfahrer, gesucht. Ang. mit Zeugnisabschrift. und Gehaltsforder. sind zu richt. an **Herkau,** Oberinspektor, **Oleśnica,** p. Chodzież.

Wir suchen z. 1. 9. 1929 einen **verheirateten**
Brenner
d. gleichzeitig m. Kartoffeltrockng. u. elektr. Anlagen vertraut ist. Derselbe muß die Bestätigung als Brenner vom Urząd Akcyz besitzen und die deutsche und polnische Sprache in Wort und Schrift beherrschen. 8122
Gutsverw. Głuchowo,
Post Chełmża.

Jüngerer, evgl.
Verkäufer
für Kolonialwaren- u. Restaurationsgeschäft kann sich melden. Off. mit Zeugnisabschriften und Gehaltsforderung unt. K. 8172 an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Zum 1. Juli d. Js. suchen wir einen in allen Zweigen des Bankfaches erfahren., jüngeren 8154
Buchhalter
Lebenslauf m. Angabe von Referenzen erbitt.
Genossenschaftsbank zu Nowy-Tomyśl
Bank Spółdzielczy w Nowym Tomyślu
Sp. zap. z ogr. odp.

Einen 8158
Sattlergesellen
der auch Polsterarbeit versteht, sucht
Joh. Adler,
Sattlermeister, Tczew.

Suche vom 15.7. einen ledigen, tüchtigen 8168
Müller.
Zeugnisabschriften u. Gehaltsansprüche bei freier Station an
G. Jonas, Kobylin,
pow. Krotoszyn.

Schmiedegeselle
perfekt im Hufbeschlag u. Maschinenreparat., findet vom 20. Juni Stellung. 8103
Erh. Padubrin,
Trzeciewiec,
powiat Bydgoski.

Mehrere
Tischler
für Molenumbau gesucht. Meldungen 8142
Dom. Szewno,
Post Swiekatowo.

Tcht. Zimmerleute
werden p. sof. gesucht.
Tri i Ska., 3500
ul. Babia Wieś Nr. 5.

Lederbranche.

Gesucht ein tüchtiger, junger Mann, polnisch u. deutsch, als Verkäufer u. zum Besuch der Kundschaft in Poznań u. Pomorze. Angeb. unt. Angabe der bisher. Tätigkeit u. Gehaltsansprüch. unt. F. 8147 an die Gschst. dies. Zeitg.

Zuverlässiger
Chauffeur
gelernter Schlosser
für Komnick-Lastwagen sofort gesucht. Schriftliche Offerten unter R. 8181 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Maurer und Putzer
stellt ein 3530
Przedsiębiorstwo budowlane M. Rutkowski,
Bydgoszcz, Gdańska 44.

Suche einen tüchtigen
Bäckergesellen
nicht unter 22 Jahren, der mich auch zeitweise vertreten kann. 8167
Max Koszewski
Rogowo. pow. Żnin.

Schneider-Gesellen
stellt ein bei dauernder Beschäftigung 8131
B. Radke,
Schneidermeister,
Szamocin, p. Chodzież.

Tüchtiger, unverheir.
Melker
für 15 Milchkühe und 8 Stück Jungvieh von sofort oder 1. Juli ges.
Winter, Wiewiorki,
pow. Grudziądz. 8069

Lediger Schweizer v. sofort od. spät. gesucht
Richard Müller
Szuplinki, 8148
poczta Radzyn
powiat Grudziądz.

Suche für meine Drogerie u. Eisenhandlung einen 8166
Lehrling
evgl. Konf. mit guter Schulbildung.
Otto Dziomba
Miasteczko n/Not.

Büfettfräulein
mit guten Zeugnissen, beider Landessprachen mächtig, von sofort od. 1. Juli gesucht. 8098
Civil-Kasino,
Gdańska 160a.

Suche zu mögl. bald ein in Krankenpflege ausgebildetes
Fräulein
zur Pflege und Gesellschaft einer älteren Dame evtl. Schwester. Angebote u. D. 8128 an die Gschst. d. Ztg.

Erfahrene, zuverläss.
Kindergärtnerin
evgl., zum 1. Juli für 3 Kinder v. 2-5 J. gesucht. Nähkenntn. erw. Ang. m. Zeugn., Bild u. Gehaltsanspr. an
Frau Steffani, Toruń III,
Podgórna 48. 8144

Alleinstehender Herr in kl. Stadt sucht für sein. ruhigen Haushalt per 1. 7. eine ev., ehrliche, anständige 8173
Wirtschafterin
die kochen u. sämtliche Hausarbeiten ohne Mädchen verrichten muß. Zentralheizung, Wasserleitung, Kanalisation u. Gas im Hause. Zeugnisse und Bild unt. L. 8173 a. d. G. d. Z. erbet.

Suche z. 15. 7. od. 1. 8.
erfahren. Mädchen
m. Kochkenntn. u. gut. Zeugn. f. einen größer. Haush. m. 2 Personen. Angeb. unter K. 3529 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Suche zum 1. Juli d. Js. ein in Schneiderei erfahr., ehrl., anständig.
erstes Stubenmädchen
für Landhaush. Zeugnisabschr. m. Gehaltsforder. erbet. an 8164
Frau Rittergutsbesitz.
H. Hering, Mirowo,
poczta Godziszewo,
pow. Tczew.

Stellengesuche

Hofverwalter
31 Jahre alt, verheiratet (1 Kind) ungekündigt, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, sucht, gestützt auf langjährige, gute Zeugnisse, zum 1. 8. oder auch später eine Dauerstellung. Gefl. Zuschriften an d. Geschäftsst. d. Deutschen Rundschau u. **Dauerstellung H. 8162** erbet.

Rechnungsführer
der deutschen und polnischen Sprache mächtig, an gewissenhaftes, strenges Arbeiten gewöhnt (Hof- und Gutsvorstandsgeschäfte), gute Zeugnisse u. Referenzen, ungekündigt, sucht wegen Verheiratung Dauerstellung vom 1. August d. Js. oder später. Offerten bitte zu senden u. G. 8161 a. d. Geschäftsst. d. Dtsch. Rundsch.

Waise aus Pommerellen, 20 Jahre alt, kath.,
sucht Lehrstelle 9086
bei deutscher Herrschaft aufs Gut zwecks
Erlernung der Wirtschaft.
Irene Filzek, Wąbrzeżno, ul. Kolejowa 26

Tüchtiger, energischer
Beamter
38 J. alt, verh., 2 Kinder, sucht, auf gt. Zeugnisse gestützt, Stellung vom 1. 10. 29 od. spät. auf ein größeres oder Nebengut. Der deutsch. u. polnisch. Sprache in Wort und Schrift mächtig. Frau kann evtl. Federzucht mit übernehmen. Gefl. Offert. unter P. 8177 an die Geschäftsstelle d. Dtsch. Rundschau erbeten.

Vertretung
oder als Reisender für Kolonialw. u. Getreideartikel übernimmt a. d. hiesig. Markte gut eingeführt. Fachm. Off. u. Z. 3494 a. d. G. d. Z. erb.

Gärtner u. Förster
verh., der auch in allen einschlägigen Büroarbeiten bewandert und die deutsche u. poln. Schriftsprache gut beherrscht, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, geeignete Dauerstellg. als **Gärtner, Förster Rechnungsführer Haus-, Hof-, Speich.- oder Magazin-Verwalter.** Gefl. Off. unt. M. 8174 a. d. G. d. Z. erb.

Jung. Forstm., ev., in ungek. Stellg., mit allen ins Fach schlag. Arb. vertr., g. Sch. u. Raubzeugvert., sowie Signalbl., strg. u. unerschr. geg. jeg. Gesindel, sucht sofort od. später anderw. Stellung als
Forstgeh., Jäger
od. andere i. F. schlag. Arb. Ang. u. R. 8175 an die Geschst. d. Ztg.

Wer ist so gütig u. gibt ält. Mann Post- a. **Kassier., Bot., Wächt.** 2c. War 6 J. i. Vertr.-Stellg. Off. u. F. 3518 a. d. Gschst.

Chauffeur
gelernt. Maschinen- u. Autoschlosser, m. guten Zeugn. u. 1 Jahr Prax., **sucht von sofort Stellg.** Offerten unter R. 3538 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Wirtin, in allen Zweig. e. größer. Landhaush. erfahr., **sucht Stellung** z. 1. Juli oder spät. Größ. Gut bevorzugt. Gefl. Offerten unter R. 3543 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Fräul., evgl., von ein. größ. Grundst., möchte
Kochen lernen
von sof. oder 1. 7. auf einem Gut od. i. Hotel. Angeb. unter V. 3508 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

WASCHE ALLES MIT DEM MILDEN, UNSCHÄDLICHEN RINSO



RINSO ersetzt Schmierseife und vertreibt Scheuer- und Waschfeste mit gewöhnlicher Seife. Rinso wäscht alles. Weisse Stoffe werden weisser. Farben werden klarer. Woll- und Flanellstoffe bleiben unversehrt—denn Rinso ist milde und unbedingt unschädlich. Es enthält keine Bleichstoffe und verlangt kein starkes Reiben. Vergessen Sie nie — nur allein Rinso zu benutzen. Es macht Ihre ganze Wäsche ohne jegliche Hilfe allein.

Kein loser Verkauf, sondern nur in Paketen.

Rinso
WÄSCHT IHRE KLEIDUNG SAUBERER

R2-026 PG

Aeltere Landwirtstochter **sucht Stellung als Wirtschafterin.** Offerten unter M. 3537 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Ev. Besitzertochter sucht Stellung als **Stütze.** Kochkenntnisse, Nähen, Handarbeit. Gefl. Off. u. **W. 3493** a. d. G. d. Z. erb.

An- u. Verkäufe

Häuser 9190
10 — 25000 zł Anzahlg. zu verkauf. **Grundtke, Bydgoszcz, Sniadeckich Nr. 33, Ecke Dworcowa.**

Größ. Miets- und Geschäftsgrundstück
in Krecko
(Garten, 3 Morg. Acker) gute Lage, am Ort evgl. Schule u. Kirche, Bahnstation
zu verkaufen.
Gefl. Off. unt. O. 8176 an d. Geschst. d. Ztg.

Verk. Grundstück
18 Mrg. Land m. Wiese, Gebäude mass. fast neu, leb. u. tot. Inv. kompl., 10 Min. vom Bahnhof.
Wilhelm Steinke,
Nowawieś Wielka,
powiat Bydgoszcz. 3474

Wir beabsichtigen, uns. in **Freienhuben, Freistaat Danzig,** gelegene 3 Hufen große
Werderwirtschaft
erbschaftshalber mit voll. Inventar **preiswert zu verkaufen.** Auskunft ert. **Albert Pauls, Altendorf** b. Tiegenort (Freie Stadt Danzig). 8074

Kaufe kleines **Grundstück**
Off. m. Preisang. **Zoltowski,** Toruńska 122.

Gutes Zinshaus
zu verkaufen. Eink. ca. 8000 zł jährl., günstige Bedingung., beste Lage. Angeb. erb. **Urbans a, Toruń,** Klonowicza 31, I.

Hausgrundstück
m. Garten wegen Auswander. sofort zu verk.
Nowodworska 45. 3531

---

3 Läuferschweine
verk. **R. Sieg, Niemcz,** pow. Bydgoszcz. 3534

Größeren Posten
Läuferschweine
nebst Angabe von Gewicht und Preis kauft
Mleczarnia Makowiska,
poczta Sol. Kujawski,
pow. Bydgoszcz. 8159

Pianino wenig gebr., mod. deutsches Fabrik., **billig abzugeben.** 3546
Koardt, Król. Jadwigi 4 b.

Gewinde-Fräsmaschine
bis 30 mm zu kaufen gesucht. Offerten unter O. 8078 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Habe sofort abzugeben zirka 10000 kg gebrauchten, glatten
Draht
3—4 mm stark, geeignet zur Zementfabrikation und zum Einzäunen. Ferner 1 Waggon
Stacheldraht
gebraucht, aber gut erhalten. 8169
Leo Nachemstein,
Gniezno. Tel. 241.

Fahrrad 3506
gut erhalten, verkauft **Okole,** Chełmińska 23.

Klein., leicht., fast neuer
Selbstfahrer
mit Lederschürze, und 1 leicht. **Einspänner-Kutschgesch.** zu verk.
Rich. Schmidt, Toninek,
Post Wąwelno,
pow. Wyrzysk. 8170

Spazierwagen
(dos-à-dos), neu, z. verkauf. **ul. Mickiewicza 64,** part. rechts. 8156

Billig zu verkaufen
2 Landwirtschaften
im Kreise Danziger Höhe
13 km von Danzig, 52 Morgen Mittelboden, gute Gebäude, Inventar kompl., Anzahl. 18000 Dz. G.
44 Morgen guter Mittelboden, massive Gebäude. Lebendes reichliches Inventar, eignet sich zu jedem Unternehmen, Anzahlung 15000 Dz. G.
Anfragen an **Bruno Templin, Gr. Salau Abbau,** Post und Bahnstation Böhlkau. 8152

Besitzung

120 Morgen, mit Fischereirecht, im Kreise Johannisburg (Ostpr.), für 60000 RM gegen bar **zu verkaufen.** Angebote u. J. F. 57413 an die Annonc.-Exped. **Bonacker & Rantz, Düsseldorf** (Deutschland).

Die Herrschaft Dembowo
p. Sadki, Station Nakło
hat aus ihrer Stammschäferei **(Merino-Fleischschaf)** junge, gut geformte
Sprungböcke
zu verkaufen. 8157

Größere Posten
Spargel und grüne Stachelbeeren
kauft laufend **OWIKON,**
Fabryka Konserw w Owidzu p. Starogardem
Telefon Starogard Nr. 25. 8127

Elektromotor
110 Volt, 3½—4 P. S. zu kaufen gesucht. 3485
W. Gannott,
Toruńska 54, Tel. 1813.

Frauenhaar
kauft; von außerhalb erbitte per Post 7372
Demitter, Bydgoszcz
Król. Jadwigi 5.

Eß- und Pflanzkartoffeln
(Industrie) sowie 7867
Futterkartoffeln
hat noch abzugeben
Rittergut Palczyn,
p. Nowawieś Wielka.

Tennisschläger zu kauf. gesucht. Off. unt. T. 3545 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Säcke 2 u. 1½ Ztr. sowie **Häckselsäcke** 3541 geb., billig abzugeben **Wileńska 8,** Tel. 397.

Pensionen

Sommergäste
finden angenehmen Landaufenth., herrlich am Wald u. Seen geleg., gut. Zimmer u. Pension. Anmeld. erbitte auch schon für Aug. u. Sept.
Blohm,
Jania Góra, pocz. Swiekatowo, pow. Swiecie.